

## **Text- und diskurslinguistische Analyse der Zeitungssprache der DDR**

### **1. Anliegen**

Mein Vorgehen<sup>1</sup> bei der Darstellung der Zeitungssprache und der Zeitungstexte der DDR ist diskurslinguistisch angelegt und bezieht sich auf den Macht- und Wissensbegriff von Foucault.<sup>2</sup> Macht stellt aus seiner Sicht das „Entwicklungs- und Integrationsprinzip“ einer jeden Gesellschaft dar.<sup>3</sup> Gesellschaftliche Formationen, ganz gleich, welche Machtkonstellation sie aufweisen, regeln die Erzeugung und Formierung ihres Wissens im Interesse der Erhaltung und Stabilisierung ihrer Macht. Wer bestimmen kann, was der Gegenstand des Gewussten und damit des Bedenk- und Kommunizierbaren in einer Gesellschaft ist, worüber wie gedacht und gesprochen werden soll bzw. darf, hat die Machtposition inne. Ein solcher Prozess muss, das liegt im Wesen der Sache, bestimmten Regelungen folgen: Machtinstanzen beobachten, was abläuft, sie lenken, kontrollieren und greifen gegebenenfalls korrigierend ein. Das heißt, nicht alle Möglichkeiten des Handelns, auch des sprachlichen, sind erlaubt. Nur bestimmte Richtungen werden zugelassen, andere sind ausgeschlossen, nicht jeder darf sich zu jedem äußern. Dass eine so verstandene Macht den Diskurs beeinflusst, gilt überall. In totalitären Systemen ist dieser Einfluss aber besonders ausgeprägt, weil sich hier im Gegensatz zu pluralistischen Systemen die Macht in einer Hand konzentriert. Wenn man die kommunikativ-sprachliche Seite von Macht betrachten will,<sup>4</sup> liegt es nahe, sich den Texten *eines Diskurses* zuzuwenden,<sup>5</sup> d. h. Texten, die zu demselben Themenbereich gehören und institutionell zusammenhängen, die sich daher inhaltlich und auch sprachlich-stilistisch aufeinander beziehen und durch diesen gemeinsamen Bezug Wissen erzeugen und strukturieren.<sup>6</sup> Das trifft für die Zeitungstexte in der DDR zu. So brachten z. B. alle Texte des „Zentralorgans“ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), des „Neues Deutschland“ (ND), ganz gleich zu welchem Gegenstand in welcher journalistischen Textsorte sie geschrieben waren, gemeinsam Wissen darüber hervor, WAS der ideologische Anspruch der Machthaber war und WIE, d. h. in welcher sprachlichen Ausführung, er den

---

<sup>1</sup> Ich folge hier den Ausführungen in Fix 2011b.

<sup>2</sup> V. a. in „Ordnung des Diskurses“ (1972, 1996) entwickelt, spezifiziert in „Der Wille zum Wissen“ 1977.

<sup>3</sup> Vgl. Fink-Eitel 2002, 7.

<sup>4</sup> Der Bezug auf Sprache findet sich in den Schriften Foucaults selten.

<sup>5</sup> Vgl. Warnke 2001.

<sup>6</sup> Vgl. Auer 1999, 233.

jeweiligen Lebensbereich prägen sollte.<sup>7</sup> Man weiß ja, dass es alles andere als nebensächlich ist, wie ein Sachverhalt sprachlich transportiert wird. Die Form eines Textes sagt zusätzlich zu seinem Inhalt auch etwas aus. Es lohnt sich, darüber nachzudenken, warum sich die Sprache des ND wie die der gesamten Presse in den achtziger Jahren durch phrasenhaften, beschönigenden, inhaltsarmen Sprachgebrauch ausgezeichnet hat.

Die Diskurslinguistik<sup>8</sup> untersucht daher – ganz gleich, welche Texte welcher Institutionen und Systeme sie vor sich hat – , in welcher sprachlichen Form, mit welchen Arten von Texten welche Wirklichkeit hervorgebracht, bestätigt, in Frage gestellt oder vorenthalten wird und wie sich dadurch Macht konstituiert. Ihr Schwerpunkt liegt nicht – wie bei anderen Richtungen der Diskursforschung – auf der Frage, welches und wie viel *Wissen* zugelassen wird, sondern auf der Analyse und Auswertung der spezifischen *Versprachlichung* dieses Wissens, die eben nicht beliebig ist, sondern etwas über die Verfasstheit der Gesellschaft mitteilt.

In diesem Sinne will der Beitrag die Spezifik der Tageszeitungen der DDR hinsichtlich ihrer sprachlichen und textlichen Gestaltung darstellen. Er geht von der diskurslinguistisch begründeten These aus, dass die politisch-ideologischen Umstände, unter denen Medien in den besonderen Machtverhältnissen eines totalitären Staates<sup>9</sup> agieren, nicht nur die Auswahl und Wertung der Inhalte, sondern auch deren sprachliche Darstellungsweise und die Art der Entfaltung ihrer Themen – damit verbunden auch die spezifischen Rezeptionspraktiken – in starkem Maße beeinflussen – so stark, dass sich Texte der Presse der DDR in entscheidenden Parametern sprachlich-textlicher Art deutlich von Erzeugnissen der Presse demokratischer Systeme, wie verschieden diese Erzeugnisse „unter sich“ auch gestaltet sein mögen, unterscheiden.<sup>10</sup> Eine Tageszeitung der DDR ist bereits beim ersten Blick auf ihre Texte<sup>11</sup> deutlich von einer Tageszeitung der Bundesrepublik zu unterscheiden. Diese Feststellung soll in dem Beitrag nachvollziehbar gemacht werden. Dass dabei die feineren Unterschiede, die es unter den Tageszeitungen der DDR (SED-Zeitungen und solche der „Blockparteien“) gegeben hat,

---

<sup>7</sup> Mit den „Regeln des Zwangs und der Disziplinierung“ (Konersmann 1996, 79). Dieser Sachverhalt gilt für die öffentlichen Texte der DDR in ihrer Gesamtheit.

<sup>8</sup> Soweit sie sich auf diesen Diskursbegriff bezieht. (Vgl. Warnke/Spitzmüller 2008).

<sup>9</sup> Zur Einordnung der DDR als totalitärer Staat vgl. Holzweißig 2002, 2ff..

<sup>10</sup> Vgl. dazu Good 1993, 28. Goods Feststellung, dass die Unterschiede zwischen den Zeitungen in Ost und West „zum geringsten Teil auf ‚formalen‘ oder ‚sprachlichen‘ Unterschieden“ beruhen, soll hier differenziert werden. Die Unterschiede auf diesen Ebenen sind nicht unbedeutend.

<sup>11</sup> Noch deutlicher wird das sicher beim Blick auf ihr Layout und ihre Bilder, die aber in diesem Beitrag aus Platzgründen keine Rolle spielen können.

vernachlässigt werden müssen, liegt auf der Hand.<sup>12</sup> Im Wesentlichen gilt für alle Zeitungen das übergeordnete Prinzip der Lenkung des Medienwesens durch die SED, das sich auf die sprachliche Form entdifferenzierend auswirkt.

Während ausführliche politik- und kommunikationswissenschaftliche Untersuchungen zu den Medien der DDR, auch zu den Tageszeitungen, vorliegen,<sup>13</sup> sind monographisch angelegte sprachwissenschaftliche Darstellungen<sup>14</sup> seltener. In sprachwissenschaftlichen Aufsätzen<sup>15</sup> liegt der Schwerpunkt oft auf den Sprachformen (stilistische Spezifika, fachsprachliche Züge, schablonenhafte, beschönigende Sprache u. a.), weniger auf der konsequenten textlinguistischen Betrachtung der Texte. Gerade die Untersuchung der Textcharakteristika aber bietet ein Potential für die Erschließung der ideologisch bedingten Spezifik der Tageszeitungen in der DDR. Diese besteht aus meiner Sicht vor allem darin, dass die presstypischen Textsorten, an erster Stelle ‚Nachricht‘, ‚Bericht‘, ‚Kommentar‘, aber auch so etwas scheinbar eher Randständiges wie der ‚Leserbrief‘ keinen ‚Eigenwert‘ mehr hatten, sie setzten nicht mehr das um, was wir von traditionellen journalistischen Textsorten kennen, sondern sie stellten entdifferenzierte, d. h. schablonenhafte Äußerungsformen mit teils unklarer, teils geänderter Funktion dar. Good geht davon aus, dass der Journalist in der DDR „aus dem ihm zur Verfügung stehenden Repertoire an Sprachvarietäten eine andere Auswahl trifft als sein westdeutsches Gegenüber“<sup>16</sup>:

Diese funktionelle Andersartigkeit drückt sich erstens im unterschiedlichen Vorrang aus, der verschiedenem Inhalt zugemessen wird [...] und zweitens in einer gewissen Einförmigkeit der Sprache und des Inhalts. Diese Einförmigkeit führt wiederum zu einer verstärkten Ähnlichkeit zwischen Artikeln, zwischen Textsorten, zwischen Sparten und zwischen verschiedenen Zeitungen.<sup>17</sup>

Die Nachricht und der Bericht mussten nicht mehr informieren bzw. sie mussten es nicht umfassend tun. Der Kommentar hob sich nicht durch die eigene Meinung des Verfassers von anderen Texten ab.<sup>18</sup> Der Leserbrief war kein Mittel demokratischer Teilnahme des Individuums an der öffentlichen Debatte. Außerdem erfährt man durch die Betrachtung von Textsorten, die es in der bürgerlichen Presse nicht gibt, noch zusätzlich etwas über den Charakter der Presse der DDR, so z. B. durch die Analyse von so genannten ‚Willensbekundungen‘. Texte der Textsorte

---

<sup>12</sup> Bei einem Umfang von vierzig Manuskriptseiten ist das nicht anders möglich.

<sup>13</sup> V. a. Holzweißig 1983, 1997, 2002; Pürer/Raabe 2007.

<sup>14</sup> V. a. Good 1993; ein Kapitel in Schlosser 1999.

<sup>15</sup> Z. B. Hellmann 1993, 2000, 2004.

<sup>16</sup> Good 1993, 28.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Fasel 2008.

Willensbekundung erinnern an Devotionsadressen, wie sie früher einmal den Herrscherhäusern gegenüber zur Bekundung von Ergebenheit üblich waren (s. u.). Zusammenfassend kann man feststellen: Alle Texte dieser (und anderer, hier nicht genannter pressetypischer) Textsorten dienten einer gemeinsamen rituellen Aufgabe, nämlich der, die Werte des Systems zu bestätigen – in Abgrenzung von dem ständig mitadressierten Konkurrenten, dem „Klassenfeind“, durch restriktive Vermittlung sorgfältig ausgewählter und zugeteilter Informationen bzw. durch das Vorenthalten von Informationen. Das führte zur Erzeugung einer nur scheinbaren bzw. nur teilweise zugelassenen Öffentlichkeit. Diese Feststellungen, die weiter unten genauer ausgeführt und begründet werden, sagen etwas über die Funktion der Presse in der DDR und die sich daraus ergebende *Beschaffenheit ihrer Texte* aus. Ein weiterer interessanter Aspekt bei der Betrachtung der Zeitungssprache der DDR ist es, dass die Presstexte mit ihrer rituell bestätigenden Funktion von den Lesern in einer spezifischen Weise, mit speziellen *Rezeptionspraktiken* aufgenommen wurden. Die Leser folgten, wie sich zeigt, nicht unbedingt der Rezeptionsweise, zu der die Texte herausfordern sollten: Vollzug einer zustimmenden, Werte bestätigenden, integrierenden, Zugehörigkeitsgefühl erzeugenden Textaufnahme. Sie entwickelten vielmehr eigene, systemspezifische Rezeptionspraktiken:<sup>19</sup> Zwischen-den-Zeilen-Lesen, Lücken im Text entdecken, Medientexte als Zitiertexte benutzen und sich damit absichern, Veränderungen in den Schlüsselwörtern beobachten und sich daran halten (oder bewusst abweichen). Schlosser (1991) äußert sich zu der so genannten „Als-ob-Kommunikation“ der DDR-Bürger, die sich auch im Wechsel zwischen dem „Offizialidiom“ und der Umgangssprache zeigt:<sup>20</sup>

Es habe sich [...] in den alltäglichen Kommunikationsformen eine „Als-ob-Kommunikation“ herausgebildet, in der die Ideologie sozial und politisch akzeptiert werde. Das gelte für den Regelfall, nicht jedoch für den Konfliktfall! Die DDR-Gesellschaft habe sich in diesem „Als-ob“ eingerichtet, und der Staat könne – solange seine Ordnung nicht in Frage gestellt werde – mit dieser Fiktion leben.<sup>21</sup>

Die genauere Untersuchung der Praktiken der Zeitungsleser in der DDR,<sup>22</sup> ermöglicht Einblicke in Spielarten des Umgangs mit den Medientexten in einem totalitären System. Auch aus diesem Grunde gilt mein Hauptinteresse den Textsorten. Die Konzentration auf Texte schließt die Betrachtung sprachlicher Einzelheiten nicht aus. Im Gegenteil: Die Einbeziehung des Sprachlichen ist eine Voraussetzung für die Beschreibung von Texten; denn diese konstituieren

---

<sup>19</sup> Vgl. Meyen/Fiedler 2010, 35ff.

<sup>20</sup> Er referiert den Politikwissenschaftler Staritz.

<sup>21</sup> Schlosser 1991, 34f.

<sup>22</sup> Zahlmann 2010, 17ff.

sich zwar zum einen nach ihren typischen Inhalten (der Bericht behandelt Neues/Aktuelles, der Kommentar erörtert Strittiges) und typischen Funktionen (Informieren als Fakten vermitteln, Argumentieren als Entwicklung kausaler Zusammenhänge), zum anderen sind Texte aber nur existent und wahrnehmbar über ihre sprachlichen Oberflächen, d. h. nach ihren typischen sprachlichen Gestaltungsweisen. Es spielt für die Rezeption eine Rolle, ob die Sprache der Texte wertend oder neutral, emotional oder sachlich, offiziell oder individuell ist. Alle drei Gesichtspunkte – Inhalt, Funktion, Sprachform – will ich in diesem Beitrag betrachten.

Da aus Platzgründen Beschränkung nötig ist, konzentriere ich mich auf den Bereich der SED-Tageszeitungen und ziehe für meine Beispiele lediglich zwei Zeitungen heran, nämlich das „Neue Deutschland“ (ND) und die „Leipziger Volkszeitung“ (LVZ). Es ist mir bewusst, dass man mit der Konzentration auf Zeitungen der SED<sup>23</sup> das „Tageszeitungswesen“ der DDR nicht vollständig erfasst. Die Zeitungen der Blockparteien in ihrer Spezifik, die zweifellos eine eigene Betrachtung verdienen, werden ausgeklammert. In einem Punkt allerdings, und das ist der eingangs genannte, unterlagen sie alle, unabhängig von einem gewissen „Blockparteien-Zuschnitt“, derselben Bedingung, nämlich Ausdruck der Linie der „führenden Partei“, der SED, zu sein. Meine Beschränkung auf Beispiele aus ND und LVZ ist also dadurch gerechtfertigt, dass mit den aus der Untersuchung dieser beiden Zeitungen gewonnenen Ergebnissen etwas Generelles ausgesagt wird, das für alle anderen Tageszeitungen ebenso gilt, auch wenn diese in einem zweiten Schritt nach spezifischen Merkmalen der Partei oder Organisation, der sie nominell zugeordnet waren, differenziert werden könnten.

Natürlich ist bei der Beschreibung der textlichen und sprachlichen Merkmale der DDR-Zeitungen in dem hier gegebenen Rahmen an chronologische Vollständigkeit nicht zu denken. Mein zeitlicher Schwerpunkt sind daher die 1980er Jahre, in denen auch hinsichtlich der Sprache in der Tagespresse endgültig Erstarrtheit in den Mitteln zu konstatieren ist. Nur ein kurzer Abstecher in die 60er Jahren ist möglich. Könnte man sich den gesamten Zeitraum der DDR ansehen, würde eines auf jeden Fall ins Auge fallen: die zunehmende Entdifferenzierung in der sprachlich-textlichen Gestaltung. Am Anfang kann man noch eine Vielfalt an Stilen betrachten: vom literarisch-expressionistischen über den klassenkampforientierten-pathetischen bis zum parteibürokratischen, der die letzten Jahre dominierte. Hoffmann (2010) spricht in seiner

---

<sup>23</sup> ND und LVZ sind Organe der SED. Sie gehörten damit natürlich zu den führenden Zeitungen, das ND auf DDR-Ebene, die LVZ auf Bezirksebene.

Untersuchung der Presstexte zum 1. Mai im ND für die frühen Texte von größerer stilistischer Vielfalt. „Die Stilfärbung ist häufig poetisch, lyrisch gehoben oder emphatisch, die Texte sind zudem stärker subjektiviert bzw. durch die Perspektive eines Autors gebrochen, sie sind insgesamt weniger formelhaft und kaum ritualisiert.“<sup>24</sup> Für die „späten Texte des 1. Mai“ stellt er vor allem „Erstarrung und Formelhaftigkeit“<sup>25</sup> der Sprache fest. Sie äußert sich u. a. in der „Häufung stereotyper Redewendungen, ritueller Formeln und Phraseoschablonen [...] von ideologisch motivierten Hochwert- und Stigmawörtern [...] in der bevorzugten Verwendung der appellativen und rituell-akklamatorischen Textfunktion“.<sup>26</sup>

## 2. Die Spezifik der Presse in der DDR

Die Presse der DDR stand unter anderem gesellschaftlichen Vorzeichen und wies eine andere Struktur auf, als man es von der Presse in pluralistischen, demokratischen Gesellschaften kennt, selbst wenn auf den ersten Blick die Erscheinungsformen der DDR-Presse, also die Tatsache, dass es auch hier eine (relative) Vielzahl von Zeitungen und Zeitschriften verschiedener Provenienz<sup>27</sup> gab, nicht auf einen, noch dazu grundsätzlichen Unterschied hinzudeuten schien. Ein genauerer Blick auf deren Strukturen, Inhalte und Funktionen zeigt aber, wie sehr die Presseprodukte von der politischen Ordnung dieses totalitären Staates bestimmt waren und wie sehr sie sich von der staatsunabhängigen, nicht offiziell kontrollierten pluralistischen Presse westlicher Demokratien abhoben, deren Aufgabe es ja ist, der möglichst aktuellen Information und damit der Meinungs- und Willensbildung sowie der Artikulation der öffentlichen Meinung zu dienen und darüber hinaus Kontrolle zu üben und Kritik zu formulieren.<sup>28</sup> Dieser Aufgabe kann sie nachkommen, weil die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland die Pressefreiheit – wie die Meinungsfreiheit im Allgemeinen – als ein Grundrecht der Bürger garantiert. Obwohl auch die Verfassung der DDR Pressefreiheit formulierte,<sup>29</sup> hatten deren Medien, wie die der

---

<sup>24</sup> Hoffmann 2010, 242.

<sup>25</sup> Ebd., 243.

<sup>26</sup> Ebd.

<sup>27</sup> Überregionale und lokale Tageszeitungen, Presse der SED, der Blockparteien, der Massenorganisationen, Illustrierte, Zeitschriften. (Vgl. den Überblick in Pürer/Raabe 2007).

<sup>28</sup> Vgl. Pürer/Raabe (2007, 10); Schlosser 1990. Dass die westliche Presse auch Zwängen, z. B. wirtschaftlicher Art, unterliegt, ist klar. Sie haben aber nicht diese uneingeschränkte Wirkung wie die Lenkung aller Medien durch eine Partei in einem totalitären Staat.

<sup>29</sup> Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974) Artikel 27:

1 Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß

anderen „Volksdemokratien“ auch, die – strikt geltende – Aufgabe, die Politik des Staates und damit die Ideologie der „führenden“ Partei, der SED, ohne jegliche Einschränkung zu vertreten und zu vermitteln. So hebelte Artikel 1 der Verfassung von 1968, in dem es hieß, dass die DDR die „politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land [...] unter der *Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei*“ (Hervorh. U.F.) sei,<sup>30</sup> den Artikel 27, der die Meinungsfreiheit deklarierte, von vornherein aus. Und so folgte auch die Presse ziemlich uneingeschränkt von Beginn der Existenz des Staates DDR an bis zu seinem Ende dem Auftrag, Meinungsbildung im Sinne der SED zu betreiben. Die Aufgabe der Informationsvermittlung und die Kontroll- und Korrekturfunktion dagegen, die die Medien in demokratischen Verhältnissen gemeinhin als ihre Grundverpflichtung und als ihr Recht ansehen, galt für die Medien der DDR nur modifiziert und stark eingeschränkt. Das wird deutlich, wenn man sich die spezifische mehrfach adressierte Art der von ihnen ausgeübten Informationsvermittlung bewusst macht. Es bestand von vornherein eine strikte Restriktion dessen, was mitgeteilt werden durfte. Zum einen hatte die Presse die Informationen, die sie „nach außen“ vermittelte, gezielt zu filtern.<sup>31</sup> Alles, was in der Öffentlichkeit der DDR geschah, so auch die Medienarbeit, vollzog sich mit dem Blick auf den Adressaten „Klassenfeind“, d. h. auf das westliche Lager, ganz besonders auf die Bundesrepublik Deutschland. Dorthin durfte keine Informationen vermittelt werden, die der Außendarstellung der DDR schaden, die ihr Bild trüben könnten. Dem „Klassenfeind“ sollten keine Argumente in die Hand gegeben werden, die gegen die DDR genutzt werden könnten. Zum anderen wurde auch gefiltert, was an die Adressaten „nach innen“, an die Bürger der DDR, vermittelt wurde. Auch die eigene Bevölkerung erhielt nur eine Auswahl an Informationen, die zudem zurechtgestutzt, beschönigt oder verschleiert werden konnten. Hier setzt das sprachliche Interesse ein, z. B. mit der Frage, wie Beschönigungen sprachlich umgesetzt wurden. Ein typisches Beispiel dafür sind noch + Komparativ-Formeln, z. B. *die Sache der Arbeiterklasse noch kämpferischer verteidigen, die sozialistische Bewusstheit stetig weiter erhöhen*. Das Prinzip ist, dass ein positiv gewertetes Wort im Komparativ, verbunden mit *noch* bzw. *weiter* einen

---

seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis beschränkt. Niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.

2 Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ist gewährleistet.

<sup>30</sup> „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“ In: Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (06.04.1968, Fassung: 07.10.1974). In: documentArchiv.de (Hrsg.), URL: <http://www.documentArchiv.de/ddr/verfddr.html>, Stand: 18.02.2011.

<sup>31</sup> Das heißt, dass sie außer der Repräsentationsfunktion nach außen, wie sie Pürer/Raabe (2007, 173) nennen, auch eine Steuerungsfunktion nach außen wahrnehmen sollten, nämlich die, Informationen im gewünschten Sinn zu filtern, so dass, falls das glücken sollte, ein geschöntes, „zurechtgemachtes“ Bild der DDR entstünde.

positiven Ausgangszustand suggerieren soll, auch wenn für jeden mit einschlägigen Erfahrungen klar ist, dass die Ausgangssituation negativ ist, z. B. im Fall des Ausdrucks *die Produktion muss noch schneller vorankommen*. Es war klar, dass die Produktion eigentlich stagnierte und von schnellem Vorankommen nicht die Rede sein konnte.

Beide Verfahren – das Filtern nach „außen“ und das nach „innen“ – folgten einer Maxime, die man im Gegensatz zu der in der Sprachphilosophie des 20. Jahrhunderts entwickelten „Wahrhaftigkeitsmaxime“ von Grice (1979) „Nicht-Wahrhaftigkeitsmaxime“ nennen könnte. Ihr Inhalt war: „Es muss sich nicht alles so verhalten, wie es gesagt wird“. Gegenüber dem „Klassenfeind“ nach außen und den ideologisch Ungefestigten nach innen galt die Wahrhaftigkeitsmaxime nicht. In der Sprachphilosophie des 20. Jahrhunderts existiert die viel diskutierte Vorstellung, dass gelingende Kommunikation auf dem Prinzip der Wahrhaftigkeit beruhe und dass sich die Kommunizierenden der Wahrhaftigkeitsmaxime („Sage, was du für wahr hältst“, „Täusche nicht“, „Halte keine Informationen zurück“) auch dann bewusst seien, wenn sie nicht wahrhaftig sprechen, d. h. wenn sie z. B. lügen, täuschen oder Informationen vorenthalten. Alle Lügen und Täuschungen, alle beabsichtigten Informationslücken, die es natürlich immer wieder gibt, geschehen wider besseres Wissen – gleichsam vor dem Hintergrund der Maxime der Wahrhaftigkeit.<sup>32</sup> Wer sich z. B. als Politiker unter heutigen Verhältnissen bei einer gravierenden Unwahrheit ertappen lässt, muss sich auf Sanktionen einstellen, von denen der durch die öffentliche Meinung veranlasste Rücktritt die deutlichste ist.<sup>33</sup> In der DDR war die Gültigkeit der Wahrhaftigkeitsmaxime mit ideologischer Begründung außer Kraft gesetzt: Alles, was als geeignet erschien, dem Anliegen der SED zu dienen, galt per se als gerechtfertigt. Die Vorstellung, dass man dem „Klassenfeind“ die Wahrheit vorenthalten dürfe bzw. müsse und der eigenen Bevölkerung, jedenfalls dem „unreifen“, ideologisch noch unsicheren Teil, Schonung durch Unwahrheiten, Verschleierungen oder Täuschungen zuteil werden lassen müsse, wurde in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, ganz besonders in der Parteipresse als Sprachrohr der SED umgesetzt. Wer sich diesem Vorgehen entzog, erhielt trotz offiziell zugestandener Pressefreiheit keine Stimme.<sup>34</sup>

---

<sup>32</sup> Vgl. Heringer 1990.

<sup>33</sup> Dass die Sanktionen bisweilen nicht lange anhalten, dass es immer wieder Winkelzüge gibt, um sie ungeschehen zu machen, ist bekannt. Das spricht aber nicht gegen die Bewusstheit von der Existenz und eigentlichen Gültigkeit der Wahrhaftigkeitsmaxime.

<sup>34</sup> Diese wurde erst mit den widerständigen Samisdat-Veröffentlichungen im kirchlichen, künstlerischen und politischen Bereich gewonnen.



### 3. Die Presse als „kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator“

Eine Grundbedingung galt also immer und für jedes Presseorgan: die Umsetzung der führenden Rolle der SED in allen Verlautbarungen. Hinter dieser Bedingung standen Lenins Vorstellungen von der Funktion der Presse in einer Arbeiter- und Bauern-Macht. Was Lenin zu Beginn des 20. Jahrhunderts gefordert hatte, galt bis 1989 auch in der DDR uneingeschränkt, nämlich „die unbedingte Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses“.<sup>35</sup> Ebenso galt die daraus abgeleitete Schlussfolgerung: „Die erste Aufgabe jeder Partei der Zukunft besteht darin, die Mehrheit des Volkes von der Richtigkeit ihres Programms und ihrer Taktik zu überzeugen“<sup>36</sup>, und es galten die bereits in dem Aufsatz „Was tun?“ als Aufgabe für die Parteipresse formulierte Forderung: „Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator“.<sup>37</sup> Bis zum Ende der DDR sollte der Beschluss des Politbüros der SED vom 29.4.1959 seine Gültigkeit behalten, der Beschluss nämlich, dass jedes Publikationsorgan als kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator nicht nur das Denken zu beeinflussen, sondern gleichermaßen Aktion auf allen Gebieten der sozialistischen Umwälzung auszulösen und zu organisieren habe.<sup>38</sup> Deutlich wird, dass der Schwerpunkt der Arbeit der Massenmedien von ihren traditionellen Aufgaben – Informationsverbreitung, Artikulierung der öffentlichen Meinung in ihrer Vielfalt, Kontrolle der Institutionen – auf die Funktion der Vermittlung von Werten und Verhaltensvorschriften aus der Sicht der SED verlagert und reduziert wird. Ebenso werden Informationsauswahl und Informationshorizont danach bestimmt, ob sie der Wertebestätigung dienen können. Aus dem ideologischen Auftrag, den die Presse hatte, ergaben sich folgende generell gültige Hauptmerkmale: Sie hat *agitatorisch*, *propagandistisch* und *operativ* zu wirken (Funktion), sie wird als Vehikel *ritueller*, d. h. wertebestätigender Kommunikation eingesetzt (Verfahrensweise) und sie ist in ihrer *sprachlich-stilistischen* und *textlichen* Erscheinungsweise nivelliert und *entdifferenziert* (Form). Diese Merkmale werden in den folgenden beiden Abschnitten erörtert, im Anschluss daran werden die sprachlich-textlichen Phänomene in Analysebeispielen nachvollziehbar gemacht.

---

<sup>35</sup> Lenin 1987, 260.

<sup>36</sup> Ebd., 231.

<sup>37</sup> Lenin 1985, 522; Die Tatsache, dass diese Forderungen bis zum Ende der DDR galten, widerspricht nicht der von Meyen/Fiedler (2010, 35ff.) entwickelten Auffassung, dass es eine (nichtöffentliche) Kommunikationsstruktur gegeben habe, die zwischen der Gesellschaft und der Lebenswelt der Bürger vermittelte (ebd., 59). Unter 7. soll dies mit dem Hinweis auf spezifische Rezeptionstechniken bestätigt werden.

<sup>38</sup> Vgl. Holzweißig 2002 VII.

Was ist mit ‚Agitator‘, ‚Propagandist‘ und ‚Organisator‘ gemeint? Es zeigt sich, dass eine klare Unterscheidung zwischen ‚Agitation‘ und ‚Propaganda‘ schwer möglich ist.<sup>39</sup> Beide Kategorien beziehen sich auf strikte, parteigebundene ideologische Einflussnahme. Damit wird der Unterschied zur demokratischen Presse eindeutig klar. Ergänzt werden diese beiden Aufgaben durch die des Organisations. Der Anspruch, Massen nicht nur in ihren Wertsetzungen zu beeinflussen, sondern sie sogar zu bestimmten praktischen Handlungen zu aktivieren, soll durch den organisierenden, operativen Teil der Presse erfüllt werden. Dazu gehören direkte Appelle wie z. B. Aufrufe zur Senkung der Produktionskosten, zum Stromsparen, zur verlustlosen Einbringung der Ernte und zur Teilnahme an der Mai-Demonstration. Weiter gehört dazu bis in die 60er Jahre das Instrumentarium der in marxistisch-leninistisch geprägten Staaten geübten Praxis der öffentlichen Kritik und Selbstkritik.<sup>40</sup> Und schließlich zählen auch die Aufrufe zum Wettbewerb dazu.

#### 4. Die „innere“ und „äußere lenkende Hand“

Es sind zwei grundsätzliche, auch die Zeitungstexte betreffende Verfahren der Ordnung des Diskurses in der DDR festzustellen. Zum einen kann man den Eingriff einer „sichtbaren ordnenden Hand“ feststellen, also die Wirkung von Sprachpolitik und Sprachlenkung im Sinne der bewussten institutionellen Machtausübung als äußerer Druck. Hierhin gehören das Verbot von Wörtern und das Vorschreiben von Wortgebrauch. Zum anderen vollziehen sich

---

<sup>39</sup> Pürer/Raabe (2007, 176) sehen den Unterschied in der eher langfristigen, politisch-ideologischen Erziehung = Propaganda und der „spezifische[n] Form der sozialistischen Berichterstattung“ = Agitation. Das wäre hilfreich, wenn es nicht z. B. durch die Definitionen des Kleinen Politischen Wörterbuches (1978) wieder in Frage gestellt würde:

**Propaganda:** systematische Verbreitung und gründliche Erläuterung politischer, philosophischer, ökonomischer, naturwissenschaftlicher u.a. Lehren und Ideen. Im Gegensatz zur imperialistischen P., die vor dem Volk die wirklichen Ziele kapitalistischer Klassenherrschaft zu verschleiern sucht und das Bewußtsein manipuliert, vermittelt die marxistisch-leninistische P., ausgehend von den objektiven Entwicklungsgesetzen der Natur und Gesellschaft, die wissenschaftliche Theorie und Politik, die Strategie und Taktik der kommunistischen und Arbeiterparteien sowie der Regierungen der sozialistischen Staaten [...] (Kleines Politisches Wörterbuch 1978).

**Agitation:** wichtiger Bestandteil der politischen Leitung der Gesellschaft durch die Partei der Arbeiterklasse. In enger Wechselwirkung mit der *Propaganda* → dient die A. der politischen Überzeugungs- und Erziehungsarbeit. Die A. führt zur Aktion, in dem sie die Massen organisiert und mobilisiert mit dem vordringlichen Ziel, die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der DDR weiter zu gestalten und damit grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen [...] Die regelmäßige Information der Werktätigen über die Beschlüsse der SED und der Regierung und über internationale Ereignisse ist fester Bestandteil der A. (ebd.).

<sup>40</sup> Gätje 2008, 107ff.

Ordnungsprozesse auch – sozusagen „unsichtbar“ – ohne äußeren Druck, als „normale“, nicht reflektierte Reaktionen auf reale Umstände der sozialen gesellschaftlichen Praxis und deren Wandel. Es herrschte ein innerer Druck. Man glaubte, so wie „die da oben“ sprechen und schreiben zu müssen, ohne dass dies ausdrücklich angeordnet worden war. Hier ist demnach etwas anders als der direkte und autoritäre Eingriff Einzelner in Sprache und Sprachgebrauch gemeint. Es geht um das, was die Mitglieder einer Gemeinschaft in ihrem jeweiligen soziokulturellen, also auch politischen Umfeld mehr oder weniger gemeinsam aus eigenem Antrieb „mit ihrer Sprache machen“.<sup>41</sup> In diesen Bereich gehört z. B. die Übernahme „habitualisierter Formulierungsmuster“ im Sinne von „Fertigteilkommunikation“.<sup>42</sup> Der öffentliche Sprachgebrauch dringt in die Praxis des Einzelnen ein und funktioniert dort eigengesetzlich.<sup>43</sup> So wanderten z. B. feste Wendungen des öffentlich-politischen Sprachgebrauchs unbemerkt in die Alltagsrede. Pappert (2003) zeigt das ausführlich am Beispiel von kleinen Rundfunkinterviews der 70er und 80er Jahre, in denen „normale“ Bürger nach ihrem arbeitsweltlichen Alltag befragt werden. Auch dort, wo es in den Interviews um Privates geht, dominiert der Duktus der öffentlichen Rede. Auf die Frage z. B., was sich der Interviewpartner persönlich vom neuen Jahr erhoffe, antwortet er:

*[...] dass es uns weiter gelingen wird [...] ein weiteres Jahr den Frieden zu erhalten das ist meines Erachtens das Grundanliegen unserer gesamten Politik [...] in Verbindung mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten. Und das ist meines Erachtens für mich auch das Hauptanliegen.*<sup>44</sup>

Die Ausdrücke *weiter gelingen, ein weiteres Jahr, den Frieden erhalten, Grundanliegen unserer gesamten Politik, in Verbindung mit der Sowjetunion, Hauptanliegen* sind feste, für die offizielle Sprache typische Wörter und Wendungen. Der Einzelne hat sie ohne äußeren Druck, nur weil sie ihm geläufig sind oder weil er die Verwendung dieser Wendungen für politisch opportun hielt, nicht nur in seine Rede, sondern auch in manche Texte, z. B. Leserbriefe und Diskussionsbeiträge, aufgenommen.

Wie vollzog sich die Sprachverwendung unter „äußerem Druck“? Folgende Zugriffsmöglichkeiten, die alle Sprachteilnehmer betrafen, seien als Beispiel genannt: die Verknappung und Zuteilung von Wörtern durch das Vorschreiben von Terminologien (keine philosophische

---

<sup>41</sup> Coulmas 1979, 11.

<sup>42</sup> Bredel/Dittmar 1997.

<sup>43</sup> Ich beziehe mich hier auf Fix 1997.

<sup>44</sup> Pappert 2003, 121. Aus Gründen der Lesbarkeit habe ich auf die Transkription, die die Aussprachebesonderheiten, z. B. Dialekt, angibt, verzichtet. Diese Faktoren spielen hier keine Rolle.

Terminologie außer der marxistisch-leninistischen war zugelassen), die Verknappung von Wortbedeutungen durch die Auswahl und Beschreibung der Eintragungen in Wörterbüchern (*Pazifismus* z. B. nur negativ konnotiert angeführt, ein *positiver Pazifismus* sollte gar nicht gedacht werden können), der Entzug von Wortgebrauch durch Medienlenkung (*antifaschistischer Schutzwall* statt *Mauer*) und das Zurückhalten von Wortbedeutungen durch geheim gehaltenen Wortschatz (Wörterbuch des MfS: *Hass*, sofern er den „Klassenfeind“ betrifft, ist positiv zu werten). Im Zentrum stehen, was die Medienlenkung betrifft, das direkte und indirekte Verbot von Wörtern.<sup>45</sup> In den wöchentlichen vom Zentralkomitee der SED veranstalteten Sitzungen, zu denen die Chefredakteure aller Medien zu erscheinen hatten, wurden sowohl inhaltliche als auch sprachliche Regelungen getroffen. „Die Vorgaben des ZK enthielten neben inhaltlichen Vorgaben“ und „strikt zu beachtenden Argumentationsanweisungen“ auch „oft bis ins Detail gehende Anleitungen für Formulierungen, Aufmachung und Platzierung von Beiträgen“.<sup>46</sup> Auch die Verletzung sprachlicher Regelungen konnte zu harten Sanktionen führen. Auf staatlicher Ebene spiegelten sich das Vorgehen der SED-Institutionen in den Aktivitäten des Presseamts beim Vorsitzenden des Ministerrats wider: Pressekonferenzen, Richtlinien, Presseinformationen, Presseanleitungen, Nachzensuraktivitäten sorgten für eine uneingeschränkte Befolgung der ZK-Richtlinien. Beobachtet wurden diese Prozesse von den Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit.<sup>47</sup> Allerdings wurde auch hier längst nicht alles explizit geregelt. Man hatte z. T. selbst herauszufinden bzw. zu erraten, welche Wörter nicht opportun waren, und deren Gebrauch zu vermeiden. Die Verwendung eines spontan verwendeten nichtopportunen Wortes allein konnte schon schwerwiegende Folgen haben. Heitsch berichtet: „Als ein Redakteur der NBI 1988 die Soldaten der November-Revolution als eine ‚verlorene Truppe‘ bezeichnete, reichte das für dessen Entlassung“. Selbstzensur auch im Hinblick auf den Sprachgebrauch war die Folge.<sup>48</sup> „Schon kleinste sprachliche Veränderungen würden eine Veränderung der politischen Situation ausdrücken“<sup>49</sup> und konnten so Rückschlüsse auf die „ideologische Unklarheit“ des Schreibers zulassen. Der „innere Druck“, die selbst geübte Zensur spielten eine große Rolle. Die Schere im Kopf, das Sprechen/Schreiben „mit zwei Zungen“, das Bemühen, sich nicht durch vom offiziellen abweichenden Sprachgebrauch als ideologisch unangepasst zu

---

<sup>45</sup> Ausführlicher dazu Pürer/Raabe 2007, 182.

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Genauer und ausführlicher dazu: Pürer/Raabe 2007; Holzweißig 1983, 1997, 2002.

<sup>48</sup> Heitsch 1995, 29.

<sup>49</sup> Böttcher 1986, 22.

verraten, prägte den Sprachgebrauch vieler, sobald sie sich in der Öffentlichkeit bewegten. Man orientierte sich, wenn man öffentlich sprechen musste, am Zeitungsdeutsch. Hochwertwörter wie *Zukunft*, *Freundschaft*, *Sozialismus*, *Brudervolk* und bedeutungsentleerte Wendungen wie *glückliche Zukunft unseres Volkes*, *unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjetunion*, *hohes und edles Ziel des Sozialismus*, Mittel des Beschönigens und Verschleierns: *das sozialistische Bewusstsein stetig weiter erhöhen*, *sich noch enger um die SED zusammenschließen* setzten sich immer mehr durch.<sup>50</sup>

## 5. Rituale und Entdifferenzierung

Innerer und äußerer Druck hatten die Entdifferenzierung des Sprachgebrauchs zur Folge. Die Anpassung an den herrschenden öffentlichen Sprachgebrauch dominierte, da individuelles Sprechen im öffentlichen Bereich immer ein Risiko darstellte. Entdifferenzierung stand außerdem in engem Zusammenhang mit der Ritualisierung der öffentlichen Kommunikation. Unter Ritualität<sup>51</sup> soll nicht, wie landläufig verwendet, allein formelhaftes Sprachhandeln verstanden werden. Vielmehr geht es um einen funktionalen und strukturellen Ritualbegriff.<sup>52</sup> Folgende Prinzipien und Funktionen ritueller Texte, die allgemein gelten und die in besonders ausgeprägtem Maße für den öffentlichen Sprachgebrauch der DDR, auch in der Presse, galten, seien hier genannt:

1. Rituale nehmen Bezug auf Werte und dienen der Bestätigung von Werten, die über den Einzelnen und eine Situation hinausweisen. In unserem Falle geht es um den Ausdruck der Überzeugtheit von der Bedeutung und Stabilität einer Gruppe, der SED, und einer Weltanschauung, der marxistisch-leninistischen. Diesem Wertebezug dienten in der DDR auch die Presstexte.
2. Rituale dienen der Stiftung von Bindungen und damit der Integration, hier der Einbindung in eine Gruppe, die von einer einheitlichen Weltanschauung geprägt sein sollte, nämlich die Gemeinschaft der DDR-Bürger. Das vollzog sich an erster Stelle durch die Medien.
3. Rituale sind in Handlungszusammenhänge eingebunden. Mitglieder einer Gruppe tun im Dienste der Wertebestätigung gemeinsam dasselbe. So können sie gemeinsame Werte im Vollzug erleben durch gemeinsames Singen, Sprüche Skandieren und Marschieren. Für die DDR gehörte

---

<sup>50</sup> Ausführlicher in Fix 1997. Vgl. auch Äußerungen in sprachbiographischen Interviews (Fix/Barth 2000).

<sup>51</sup> Ich beziehe mich hier auf Fix 1993.

<sup>52</sup> Vgl. Fix 1993.

zum rituellen Handeln auch das Zitieren von Zeitungstexten, das gewohnheitsmäßig in Handlungszusammenhängen wie Sitzungen, Arbeitsberatungen und Ansprachen vollzogen wurde. Das heißt, der Bezug auf von der SED über die Zeitungen Bekanntgemachtes war selbstverständlicher Teil öffentlichen sprachlichen Handelns. Gemeinsames Tun vollzog sich auch durch organisierte Leserbriefkampagnen zu einem aktuellen politischen Thema. Alle (z. B. innerhalb eines „Kollektivs“, einer „Brigade“) taten/schrieben (etwa) dasselbe. Auch das „Mitschreiben“ am „großen“ aktuellen Thema als Volkskorrespondent, als Mitglied eines Arbeitskollektivs in Willensbekundungen und Danksagungen ist hier zu nennen.

4. Rituelle Texte sind in der Regel geprägt von Expressivität. In den Zeitungstexten der ersten Nachkriegsjahre und der frühen DDR finden sich noch Elemente pathetischer Rede, die fast expressionistisch wirken.<sup>53</sup> In den von mir als Beispiele herangezogenen Texten des ND von 1984 und 1989 (siehe Anhang) ist das allerdings kaum noch der Fall. Viele genuin rituelle Textsorten wie Losungen und Willensbekundungen hatten den expressiven Charakter mit der Zeit verloren, was mit der Gewöhnung durch ständige Wiederholung, mit einem anderen Lebensgefühl und eventuell auch mit Distanzierung vom System zusammenhängen konnte. Andere, ursprünglich nichtrituelle Texte wie Nachricht und Kommentar wurden ritualisiert.

5. Rituelle Texte dienen der Markierung von Übergängen. In Zeitungen handelt es sich um die Vorbereitung von wichtigen öffentlichen Ereignissen wie z. B. Parteitage, Jahrestage, auch um die Bewältigung von politisch-ideologischen Krisen. Bekenntnisse, Stellungnahmen, Urteile und Verurteilungen waren gefordert. Berichte, Kommentare, Leserzuschriften sind Beispiele dafür.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Rituelle Texte waren im öffentlichen, vor allem im politischen Sprachgebrauch überrepräsentiert. Es fanden sich in Zeitungen und Zeitschriften weitaus mehr rituelle Texte als in vergleichbaren Publikationen pluralistischer Staaten

So wurden Textsorten, die anderwärts keinen rituellen Charakter haben, in der DDR rituell gebraucht, so z. B. Arbeitspläne und Rechenschaftsberichte in Betrieben und Schulen, Kommentare, Leitartikel, offene Briefe und Leserbriefe in der Presse. Die Funktion solcher rituell gebrauchter Textsorten ist primär, Bindungen zu stiften, Zugehörigkeit zu zeigen und Werte zu akzeptieren, mit einem Wort: der Ausdruck von Integration. Diese verschiedenen Textsorten weisen in ihrer sprachlich-formulativen Ausführung und z. T. auch in ihren Sprachhandlungen so große Übereinstimmungen auf, dass – bei gleichem Thema – kaum Unterschiede zwischen Texten verschiedener Textsorten festzustellen sind. Arendt weist auf die wichtige Rolle von

---

<sup>53</sup> Hoffmann 2003.

Wiederholungen in der Massenpropaganda hin: „Wiederholung ist nicht darum ein so wirksamer Bestandteil aller Massenpropaganda, weil die Massen zu dumm wären oder zu träge, sich etwas zu merken, sondern weil Wiederholung Folgerichtigkeit in der Zeit sichert, die zeitliche Konsequenz, der die nur logisch unantastbaren Systeme sonst entbehren würden“.<sup>54</sup> Seidel/Seidel-Slotty sprechen, bezogen auf die Sprache im Nationalsozialismus, von Nivellierung, von der „Umwandlung und Verschmelzung der Sprachstile in einen einzigen.“<sup>55</sup> Gleiches lässt sich für die Sprache der Massenpropaganda in der DDR feststellen. Mit Bezug auf Good stelle ich nun einige typische Merkmale des öffentlichen Sprachgebrauchs der DDR zusammen.<sup>56</sup> Im Analyseteil wird darauf Bezug genommen.

Good weist auf „einige der wichtigsten lexikalischen und stilistischen Merkmale“ hin, „die den ‚öffentlichen politischen Sprachgebrauch‘ in der DDR von dem in der BRD unterscheiden. „In den Bereichen der Ideologie und der Politik handelt es sich, neben dem international verbreiteten Grundvokabular des Marxismus-Leninismus (*Klasse, Revolution, Ausbeutung, Proletariat* usw.), vor allem um systemspezifische Definitionen von Kernbegriffen wie *Demokratie, Sozialismus, Freiheit, Frieden, Eigentum, Aggression*.“<sup>57</sup> Das Problem sieht Good nicht darin, dass es Begriffsdefinitionen gibt – die findet man überall –, sondern dass sie monopolisiert sind.<sup>58</sup> Durch das neue System des totalitär organisierten, auf einer volkeigenen Planwirtschaft beruhenden Staates sind viele neue Sachbezeichnungen nötig, z. B. für Verwaltungsangelegenheiten und Organisationen. Er nennt u. a. *Staatsrat, Volkskammer, Wohn-bezirk, Betriebsparteiorganisation, Kaderleiter, Prämienfonds, Schrittmacher, Aktivist*. Dazu kommt, dass die monopolistisch gebrauchten Kategorien (die den Gebrauch anderer nicht zulassen) zwangsläufig viel häufiger als üblich gebraucht werden und dadurch einschleifend und ritualisierend wirken. Hierhin gehören bedeutungsentleerte, aber anspruchsvoll auftretende Hochwertwörter wie *friedliebend, sozialistisch, Sozialismus, Demokratie, Brudervolk, Freiheit, bewährter Kurs der Partei* und Hochwertmetaphern wie z. B. alle mit *Kampf* gebildeten Komposita: *Klassenkampf, Kampfesgrüße, dein Arbeitsplatz ein Kampfplatz für den Frieden, Kampf um die Erfüllung des Wettbewerbs* und alle Komposita mit *Bruder*: z. B. *Brudervolk, brüderliche Kampfesgrüße, Bruderparteien*.

---

<sup>54</sup> Arendt 1955, 560.

<sup>55</sup> Seidel/Seidel-Slotty 1961, VII.

<sup>56</sup> Vgl. Good 1993, 38f.

<sup>57</sup> Good 1993, 38; Hervorh. U.F.

<sup>58</sup> Er bezieht sich auf Manfred W. Hellmann (1985): Sprache. In: DDR-Handbuch 1985, 1261-1265.

Andere auffallende Merkmale der öffentlichen Sprache in der DDR sind die Verwendung beschönigender Ausdrücke, wie sie bereits am Beispiel der noch + Komparativ-Wendung wie *die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung noch weiter vorantreiben* gezeigt wurden. Neben dem Beschönigenden bestimmt auch das Intensivieren den Sprachgebrauch. Das zeigt sich am deutlichsten in Doppelformen wie *ideenreich und hartnäckig ringen, der Stand und die Aufgaben der weiteren Entwicklung und Förderung der Landwirtschaft, Werden und Wachsen unserer sozialistischen DDR*.

Komplexe Satzkonstruktionen oft mit vielen Nominalisierungen – geben den Sätzen einen gewissen „amtlichen“ Status. Die Transformation des Prozesshaften *jemand stellt etwas sicher* in ein Substantiv entfernt die handelnde Person aus dem Text und gibt dem Gesagten eine kategorialen Charakter, macht es zu einer stabilen Größe: *die Sicherstellung*.

*Das besondere Interesse des Gastes galt den Erfahrungen der DDR bei der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Landwirtschaft, vor allem der materiell-technischen Sicherstellung zur Erzielung von Höchstleistungen in der Pflanzenproduktion und in der Viehwirtschaft sowie der engen Verbindung von Wissenschaft und Praxis. (Bericht ND 15.9.1989, 5)*

Das drückt – allerdings bei Verlust der Lesbarkeit – etwas Unverrückbares aus.

Im Folgenden werden Textbeispiele verschiedener Presstextsorten unter diskursanalytischem Aspekt auf ihre Entdifferenzierung und Ritualisierung hin betrachtet. Damit soll die diskursive Konstitution einer von den Machthabenden gewünschten Wirklichkeitsdarstellung in der Presse anschaulich gemacht werden.

## 6. Beispiele

### 6.1 Bericht<sup>59</sup>

Die nun folgenden Beispiele<sup>60</sup> sollen exemplarisch zeigen, wie Presstexte eingesetzt und genutzt wurden. Was wir als Nachricht, Bericht oder Kommentar zu kennen glauben, tritt in neuer Weise in Erscheinung. Ausgangspunkt ist die Frage, welches Verständnis es in den Traditionen der demokratischen Presse von den zur Rede stehenden Textsorten gibt. Wieweit deckt sich die

---

<sup>59</sup> Ich beziehe in den nun folgenden Teil des Beitrags mit Genehmigung des Verlags Peter Lang und der Herausgeber leicht bearbeitete Ausführungen aus Fix 2011a ein.

<sup>60</sup> Die Untersuchung konzentriert sich auf Texte aus drei Nummern des „Neuen Deutschland“. Es handelt sich um die Ausgaben vom 23. 11.1984 (bestimmendes Ereignis: 9. Tagung des ZK der SED) und vom 14. sowie 15.9.1989 (bestimmendes Ereignis: 40. Jahrestag der DDR).



Vorstellung von den Textsorten einer demokratischen Presse – Bericht, Nachricht, Leserbrief – mit den Eigenschaften der untersuchten Textexemplare? Zunächst zum Bericht:

Nach Straßner haben Berichte „sachlich zu sein, bündig, klar, lückenlos, objektiv und glaubwürdig [...]“.<sup>61</sup> Er fährt fort: „Alle möglichen und notwendigen Gesichtspunkte sollten berücksichtigt werden, wobei parteiliche Stellungnahme ausscheidet“.<sup>62</sup> Es geht um Sachverhalte und deren Hintergründe.<sup>63</sup> Lüger modifiziert die Vorstellung vom Bericht als erweiterter sachbezogener Nachricht durch die Feststellung, dass „Berichte als Zeichen der textsortenspezifischen Intentionsrealisation neben reinen Tatsachenmitteilungen auch Behauptungen, explizite Bewertungen und Gefühlsausdrücke“ umfassen können.<sup>64</sup> Die Textbeispiele (Anhang, Texte 1, 2, 3), die hier unter ‚Bericht‘ eingeordnet werden, scheinen der Auffassung von Lüger zu entsprechen. Sie sind, was den Umfang betrifft, tatsächlich sehr stark erweiterte Nachrichten, die implizit Wertungen enthalten. Allerdings handelt es sich nicht um die auf Aufmerksamkeitsgewinnung ausgerichtete Wertung, wie sie sich in gegenwärtigen Presseberichten findet und von denen man sagen könnte, dass sie dem „Infotainment“ dienen. Vielmehr geben die hier wiedergegebenen Berichte Bekanntes im Sinne der Bestätigung ideologischer Wertungen wieder. Von unterhaltendem Charakter und von Leseanreiz kann dagegen nicht die Rede sein.

*Text 1, ND 23.11.1984:*

*„Freundschaftliche Begegnung mit Vizepremier Rumäniens.  
Werner Krolkowski von Gheorghe Oprea empfangen.“*

Der Text ist nach Anlage, Platzierung und Verweis auf den ND-Korrespondenten als ein Bericht ausgewiesen. Tatsächlich wird ein Sachverhalt – eine Begegnung von höchsten Parteifunktionären und Regierungsvertretern Rumäniens und der DDR – wiedergegeben. Die Mitteilung, dass die Begegnung stattgefunden hat, wird durch die Angabe einiger Gesprächsgegenstände ergänzt. Betrachtet man diese Gegenstände nach ihren Sprachhandlungen, und damit nach ihren Funktionen, so stellt man fest, dass es nicht mehr um die textsortentypischen Funktionen geht. So stößt man statt auf INFORMIEREN auf FESTSTELLEN (im Sinne von ‚etwas festlegen‘) und VERSPRECHEN, beides in formelhafter Sprache formuliert:

---

<sup>61</sup> Straßner 1999, 16.

<sup>62</sup> *Ich berichte (nur) das Berichtete. Ich berichte nur, was mir berichtet wurde.* Lateinische Version des Herodoteischen Prinzips (Herodot, Geschichte 7, 152, 3). Lateinische Quelle nicht nachgewiesen. Nach: Bartels, Klaus (1992): Geflügelte Worte aus dem Griechischen und Lateinischen. Darmstadt.

<sup>63</sup> Vgl. Burger (1990, 40ff).

<sup>64</sup> Lüger 1983, 76; vgl. auch Fasel 2008.

- *weitere Anstrengungen werden unternommen*  
FESTSTELLEN und VERSPRECHEN
- *die Beschlüsse sollen mit Leben erfüllt werden*  
FESTSTELLEN und VERSPRECHEN

Die Formelhaftigkeit hat zur Folge, dass die Leser den Informationsgrad als sehr gering einstufen werden. Überdies sind von den 39 Zeilen des Berichts 18 Zeilen der Aufzählung der Titel der Beteiligten gewidmet:

*Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP Gheorghe Oprea, Erster Vizepremierminister der Regierung der SRR, Leiter der Delegation des ZK der SED zum XIII. RKP-Parteitag; Werner Krolkowski, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR.*

Die formelhafte parteiliche Sprache und die lückenlose Aufzählung der politischen und parteibezogenen Titel geben dem Text seinen rituellen, Werte bestätigenden Charakter. Im Vergleich zur folgenden Analyse von Text 2, der über den rituellen Charakter hinaus in der aktuellen politischen Situation des Herbstes 1989 tatsächlich etwas aussagt (DROHEN, BESCHWÖREN, VERSPRECHEN), wird hier durch die Formeln nichts mitgeteilt, sondern nur das Bestehende wieder einmal bestätigt.

*Text 2, ND 14.9.1089:*

*„Jegor Ligatschow in der Kooperation Neuzelle:  
Die DDR und die UdSSR sind zuverlässige Verbündete“*

Der Text berichtet über den Besuch eines führenden Parteifunktionärs der Sowjetunion in einer Landwirtschaftlichen Kooperationsgemeinschaft der DDR zu einer Zeit, in der die Proteste und Ausreisewünsche der Bevölkerung in der DDR immer lauter wurden. Er gibt im ersten Teil Sachinformationen über die Landwirtschaft. Außerdem wird dem ersten Teil die übliche Aufzählung von Titeln und Ämtern vorangestellt – Benennungen, die keinen Informationswert, sondern nur bestätigende Funktion haben. Im zweiten, ausführlicheren Teil geht es nicht mehr um landwirtschaftliche Probleme, sondern um Politik. Dieser Teil ist geprägt durch die Verwendung

vorhersehbarer Wendungen und Formeln, die üblicherweise zum Zwecke der Wertebestätigung verwendet wurden und normalerweise für die in der DDR lebenden Menschen keinen Informationswert hatten. Sie waren erwartbar und wurden als wertebestätigend empfunden. In der gespannten Situation im September 1989 werden diese Passagen nicht mehr als Routine verstanden, sondern als eine Reihe von Aussagen mit hohem Informationswert. Dieser wird noch dadurch gesteigert, dass es sich an vielen Stellen um Wiedergaben der Äußerungen von Funktionsträgern handelt. Neben den Inhalten sind es daher auch die referierten Personen und ihre Ämter (Mitglied des Politbüros, Sekretär des ZK), die dem Gesagten Nachdruck verleihen. Stilistisch zeigt sich kein Unterschied, gleich ob der Betreffende referiert wird oder der Berichterstatter selbst formuliert. Die Entdifferenzierung hat auch vor dem Stil der Äußerungen nicht Halt gemacht. Die Sprechakte, die mit diesen Aussagen vollzogen werden, sind nicht das einfache FESTSTELLEN, wie man zunächst annehmen könnte, sondern man kann auch VERSPRECHEN, WÜNSCHEN, DROHEN mit verstehen. Bezogen auf den letzten Abschnitt des Textes könnte man von BESCHWÖREN reden. Damit fällt der Text aus dem üblichen Rahmen eines Berichtes heraus. Es folgen einige Beispiele

*Ligatschow:*

- *Haupttrichtung der Außenpolitik der Sowjetunion ist und bleibt die allseitige Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft.*  
VERSPRECHEN und DROHEN
- *Unsere Parteien und Länder sind in einem ständigen Dialog.*  
FESTSTELLEN und WÜNSCHEN
- *Die DDR ist auch künftig unser verlässlicher Verbündeter.*  
FESTSTELLEN und WÜNSCHEN/FORDERN
- *[...] viel Erfolg bei der Lösung der anspruchsvollen Aufgaben.*  
WÜNSCHEN

*Krolkowski:*

- *[...] dass die SED und die DDR immer fest an der Seite der KPdSU und des Sowjetvolkes stehen werden*  
FESTSTELLEN und VERSPRECHEN
- *[...] es könne nur eine Tendenz geben, das Miteinander immer tiefer, schöpferischer und fruchtbarer zu gestalten.*  
FESTSTELLEN und BESCHWÖREN

- *Er erinnerte an die Feststellung [...] daß die Freundschaft und Zusammenarbeit noch nie so eng war wie heute.*  
FESTSTELLEN und BESCHWÖREN
- *Die Zeit der politischen Brunnenvergifter ist ein für allemal vorbei.*  
FESTSTELLEN und DROHEN
- *Arbeiter und Bauern, die überwältigende Mehrheit des Volkes, schließen sich in diesen Tagen noch enger um die SED, ihr Zentralkomitee und dessen Generalsekretär Erich Honecker, zusammen. Unbeirrt schreiten wir weiter vorwärts zum 40. Jahrestag der DDR und zum XII. Parteitag der SED.*  
FESTSTELLEN und BESCHWÖREN

*Text 3, ND 15.9.1989*

*Ausbau der Zusammenarbeit mit der UdSSR im Landmaschinenbau beraten*

Der Text, so der Untertitel, berichtet über einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen hohen Parteifunktionären (vgl. Text 2) zur Zusammenarbeit der UdSSR und der DDR auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Er entspricht in allem dem, was zu Text 1 gesagt wurde, nur ist ein noch höheres Maß an Formelhaftigkeit und Titelaufzählung festzustellen. Aus der Textsorte Bericht, die primär der Mitteilung von Sachverhalten zu dienen hat, ist etwas geworden, was man mit Rückgriff auf eine alte Form des Journalismus ‚Hofberichterstattung‘ nennen könnte. Die eigentliche historische Hofberichterstattung wurde durch vom Hof autorisierte Personen geleistet, die nicht nur in dessen Dienst, sondern auch unter seiner Kontrolle standen. Genau diese Situation haben die für das ND arbeitenden Journalisten der DDR, soweit sie über Politisches berichteten, auch gehabt. Dabei ging es weniger um die Vermittlung von Informationen als um die rituelle Bestätigung der Macht. Die Textsorte ‚Bericht‘ als sachliche Information über etwas, was tatsächlich vorgefallen ist, ist damit nicht mehr gegeben.

## **6.2 Nachricht**

Zur Textsorte Nachricht

*Texte unter 4, ND 23.11.1984*

*DDR-Cocktail am Sitz der UNESCO in Paris/  
Kulturverhandlungen DDR-BRD fortgesetzt*

In der bürgerlichen Tagespresse ist die Nachricht die dominierende und häufigste Darstellungsform.

Sie informiert über ein aktuelles Ereignis, an dem ein öffentliches Interesse besteht, in möglichst knapper, präziser Formulierung und wird damit der Informationsfunktion von Massenmedien in vollem Umfang gerecht. Das entscheidende journalistische Auswahlkriterium für die wiederzugebenden Inhalte ist hierbei die Aktualität von Ereignissen. Diese sollten hohen Informationswert und Relevanz für den jeweiligen Rezipienten haben. Gegenstand der Nachricht sind zumeist öffentliche Angelegenheiten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Dargestellte Sachverhalte sollten so objektiv und zuverlässig wie möglich wiedergegeben werden. Die darstellende Person muß hinter der Sache zurücktreten, so daß der Rezipient anhand von Tatsacheninformationen sein eigenes Bild von der objektiven Realität entwickeln kann.<sup>65</sup>

Anders lautet die Definition der Nachricht im „Wörterbuch des sozialistischen Journalismus“<sup>66</sup>:

Die Nachricht vermittelt klassenmäßig bestimmte neue Erkenntnisse über konkrete, relativ einzelne, aktuelle Tatsachen (Ereignisse) in einer unmittelbaren und sprachökonomischen Form und auf schnellste Weise. Die Grundfunktion der Nachricht als Genre in den sozialistischen Massenmedien besteht in einer auf die Informationspolitik der Partei der Arbeiterklasse bezogenen „Agitation durch Tatsachen“.

Wertung und ideologische Funktion gehören zu diesem Verständnis von Nachricht ganz selbstverständlich dazu. Betrachtet man die beiden Nachrichtentexte *DDR-Cocktail am Sitz der UNESCO in Paris* und *Kulturverhandlungen DDR-BRD fortgesetzt*, so wird das deutlich. Beide vermitteln Informationen über internationale Zusammentreffen, die von einer gewissen politischen Relevanz waren. Das gilt in begrenztem Maße für den Cocktail, der vom Ständigen Vertreter der DDR bei der UNESCO für Repräsentanten der UNESCO in Paris gegeben wurde. In wesentlich höherem Maße gilt dies für die Verhandlungen über ein mögliches Kulturabkommen zwischen der BRD und der DDR. In beiden Fällen erfährt man jedoch über die Tatsache des Zusammentreffens hinaus wenig Inhaltliches, im ersten Text lediglich die Mitteilung, dass die Gäste des Cocktails die Arbeit der DDR in der UNESCO schätzen, und im zweiten Text die wirklich wichtige, aber nur in einem einzigen, an letzter Stelle stehenden Satz mitgeteilte Information, dass die Verhandlungen zum Kulturabkommen fortgesetzt werden

---

<sup>65</sup> Strasdas 1998, 376. Zur Ergänzung:

„Aufgrund der geforderten unkommentierten Faktendarstellung dominieren in Nachrichten vor allem *tatsachenmitteilende, assertorische Aussagen*. Sie präsentieren einen Sachverhalt in der Regel als faktisch gegeben, und Einschränkungen der Faktizität, des Gewissheitsgrades sind entsprechend signalisiert (*nach Darstellung von, soll ... ausgelöst haben.*). Wertungen und appellative Äußerungen fallen dagegen kaum ins Gewicht.“ (Lüger 1983, 69; Hervorh. im Orig.)

„Nachrichten sind komprimierte Berichte. Sie sollen Antwort geben auf die berühmten W-Fragen: Wer hat etwas getan oder gesagt; wann hat jemand etwas getan, gesagt oder hat ein Ereignis stattgefunden; wo fand der Vorgang statt; was ereignete sich; weshalb hat es sich ereignet; was war die Ursache und welche Folgen werden sich daraus ergeben?“ (Straßner 1999, 16)

<sup>66</sup> Wörterbuch des sozialistischen Journalismus 1979, 376f.

sollen. Proportional überwiegen in beiden Texten die aufwändige Auflistung von Namen, Funktionen und Titeln, die über die Anforderung an die Nachricht, knapp zu sein, weit hinausgehen. Mit diesen Auflistungen leistete die Presse ihren Anteil an der Selbstdarstellung der DDR. Die Nennung der Partner mit deren Rangbezeichnungen und Titeln soll das Ansehen verdeutlichen, das die DDR-Repräsentanten nach ihren Wunschvorstellungen in der Welt genossen. Diese Textpassagen stehen im Dienst der rituellen Funktion, der Wertebestätigung, nicht der Vermittlung von Informationen mit wirklichem Neuigkeitswert. Insofern sind dies keine Nachrichtentexte, die unseren Vorstellungen entsprechen.

### 6.3 Willensbekundung

Zur Textsorte Willensbekundung

*Text 5, ND 15.9.1989*

*Die DDR ist unser Werk – mit ihr fühlen wir uns verbunden.*

*Konferenzteilnehmer: Auf Leistungswillen der Werktätigen ist auch künftig Verlaß*

Dieser sehr ausführliche Text, der drei die gesamte Länge der Zeitung einnehmende Spalten umfasst, ist als Textsorte nicht auf den ersten Blick einzuordnen. Er wird eingeleitet wie ein Brief: *Lieber Genosse Erich Honecker!* Die Schreiber, die *Bestarbeiter*, nennen sich selbst und die am Ende vollzogene Selbstverpflichtung wird bereits angesprochen. Der Text endet, wie ein Brief enden könnte, nämlich mit guten Wünschen für den Briefadressaten. Zugleich findet sich im letzten Abschnitt aber auch die Sprachhandlung des VERSPRECHENS (genauer: des SICH-VERPFLICHTENS), die, wie wir noch sehen werden, dem Text seinen eigentlichen Charakter gibt. Zwischen Anfangs- und Endpassage findet sich neben den dominierenden VERPFLICHTENDEN Passagen auch noch die Sprachhandlung des BERICHTENS (über schon Geleistetes, Planerfüllung) und die des FESTSTELLENS (die zugleich aber auch VERPFLICHTENDES enthält). Die sprachliche Form, auf die bei der Länge des Beitrags nur stichprobenhaft eingegangen werden kann, ist durch dieselbe Art von Formelhaftigkeit gekennzeichnet, wie sie schon in den Berichten (Texte 1, 2, 3) festzustellen war. Im oberen Teil der ersten Spalte finden wir an die Bevölkerung der DDR adressierte positiv wertende Wendungen, die dem LOBEN und RÜHMEN des eigenen Staates und der eigenen Regierung sowie dem SELBST-VERPFLICHTEN dienen:

- *Den 40. Jahrestag der DDR begehen wir in dem Bewusstsein, dass von der Arbeiterklasse unter Führung der Partei eine beispiellose geschichtliche Leistung vollbracht wurde.*

- *Deshalb fühlen wir uns der DDR mit allen Fasern unseres Herzens verbunden.*
- *Wir versichern Dir, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, den Sozialismus in unserem Land weiter zu stärken und den Kurs der Hauptaufgabe [...] für ein Leben aller Bürger in Frieden, sozialer Sicherheit und Geborgenheit konsequent fortzusetzen.*
- *[...] haben wir uns [...] darüber verständigt, wie [...] unsere gute, auf die Sicherung des Friedens und das Wohl der Werktätigen gerichtete Politik noch wirksamer untermauert werden kann.*
- *[...] unsere eindeutige Antwort auf den Schwall von Lügen über unseren Arbeiter- und Bauern-Staat, in dem sich letztlich nur die ohnmächtige Wut des imperialistischen Feindes über das Scheitern seiner 40jährigen Konspiration gegen die DDR offenbart.*

Zugleich lässt sich hier aber auch eine Außenadressierung feststellen. Die diesbezüglichen Äußerungen, indirektes BESCHIMPFEN des „Feindes“, sind ebenfalls formelhaft, aber negativ bewertend (s. o.). Der insgesamt vom SELBST-VERPFLICHTEN bestimmte Text entspricht keiner der uns bekannten journalistischen Textsorten. Er erinnert, wie oben schon gesagt, an die Ergebnisadressen und Devotionsformeln, die im politischen Diskurs der Vergangenheit einmal den Herrscherhäusern gegenüber verwendet wurden und in denen Ergebnis, Treue, Fügsamkeit, Hingebensein mitgeteilt wurden. Die Schreiber sind hier die „Untergebenen“, die eine Devotionsbekundung nach oben richten. Dankadressen, Treuegelöbnisse, Selbstverpflichtungen gehören in diesen Bereich.

Texte wie dieser, die durch die Sprachhandlung des VERSPRECHENS bestimmt sind, fanden sich in den Zeitungen der DDR, aber auch an Wandzeitungen und in mündlicher Form in großer Zahl, zuweilen unter der Textsortenbezeichnung ‚Willensbekundung‘, die ich jetzt für diese Textsorte übernehme. Diese spezifische Presstextsorte der DDR ist zugleich von ihrem Wesen her eine dezidiert politische Textsorte. Das zeigt, wie es auch bei den anderen Textbeispielen der Fall ist, die enge Verknüpfung von Medienpolitik und Ideologieverbreitung. In den sprachlichen Formulierungen unterscheidet sich diese Textsorte nicht von der Form der Berichte und Nachrichten. Auch sie hat rituellen Charakter. Ob die ausgesprochenen Verpflichtungen später wirklich eingelöst werden würden, war von geringerem Interesse. Notfalls wurden solche Pläne durch so genannte „Gegenpläne“ auf das real Machbare hin korrigiert. Wichtig war der rituelle Charakter der Wertebestätigung, hier der Ausdruck von Ergebnis und Leistungsbereitschaft.

## 6.4 Leserbrief

Zur Textsorte Leserbrief

*Texte unter 6, ND 23.11.1984*

*Zusammenarbeit mit der Akademie/„Hochproduktive“ laufen 19 Stunden*

Der Leserbrief ist eine in der Presse demokratischer Länder allgemein verfügbare Textsorte, die der individuellen Artikulation der öffentlichen Meinung „von unten nach oben“, dient, wobei Folgen in der Regel nicht zu befürchten sind. Betrachtet man den Leserbrief als Textsorte in politischen Handlungszusammenhängen, so hat man eine ‚informelle Form politischer Partizipation‘ angesprochen, also solche öffentlichen politischen Äußerungen, die gerade nicht durch Ämter und Funktionen und nicht durch die Offizialität der Situation abgesichert sind. In dem von Klein (2000) aufgestellten System der „Textsorten im Bereich politischer Institutionen“ ist der Leserbrief ohne weiteren Kommentar als „emittentenunspezifische TS“<sup>67</sup> eingeordnet. Damit macht Klein deutlich, dass diese Textsorte zwar keine auf den Bereich politischer Kommunikation beschränkte und für sie typische Gattung ist, dass sie aber ebenso wie Interview, Gastkommentar, Presseerklärung, Glückwunsch u. Ä. „durch die politischen Diskursverflechtungen und Intentionen des jeweiligen Emittenten“ politisch geprägt sein kann.<sup>68</sup> In der DDR standen Leserbriefe wie alles andere auch immer in politischen Handlungszusammenhängen und waren, ganz gleich welches Thema sie behandelten, als politische Texte zu lesen. Der übliche Sachverhalt, dass Leserbriefe in der Mehrzahl Verfasser haben, die – anders als die Emittenten der per se politisch gebrauchten Textsorten – nicht den Rückhalt eines Amtes oder einer Funktion haben, trifft nicht mehr zu. Es konnte ein Amt oder eine Funktion sein, unbedingt aber war es der Zeitungsherausgeber als ideologisch kontrollierende und auswählende Institution, der den Rückhalt für Leserbriefe gab. Die traditionelle Möglichkeit des Leserbriefs – öffentliche Artikulation der persönlichen Meinung Einzelner und damit der Meinungsvielfalt – wurde ersetzt durch die Vermittlung von Werten und Verhaltensvorschriften, wobei die Wertsetzung immer aus der Sicht einer herrschenden Instanz, in der Regel der SED, erfolgte. Leserbriefe sind hier also nicht die unzensurierte Stimme der „kleinen Leute“, sie stellen keine spontanen Äußerungen dar, sondern sind zu großen Teilen organisiert, angeordnet, erkaufte, auch

---

<sup>67</sup> Klein 2000, 754; TS = Textsorte.

<sup>68</sup> Ebd.



fingiert worden.<sup>69</sup> Unter diesen Umständen entstandene Leserbriefe müssen demnach, jedenfalls wenn sie aus einem bestimmten politischen Anlass in großer Zahl dasselbe Thema behandeln, als Teil von inszenierter Ritualität betrachtet werden.

Die beiden Textbeispiele gehören zu den inszenierten Leserbriefen. In einem Fall ist es ein Gewerkschaftsfunktionär, im anderen Fall ein Produktionsdirektor, der sich jeweils in einem öffentlichen Brief unter der gemeinsamen Überschrift *Täglich das Beste für die Republik und den Frieden* über die Vorhaben seines Betriebes äußert. Die Sprachhandlungen sind wie in der Textsorte Willensbekundung zugleich das FESTSTELLEN und das VERSPECHEN. Die beiden Emittenten sprechen, obwohl sie durch Fotos individuell sichtbar gemacht werden, nicht für sich als Individuen, sondern für den Betrieb, den sie vertreten. Sie berichten über ihre Betriebe und leiten daraus das ab, was sie als VERSPRECHEN mitteilen. Es ist nicht klar zu entscheiden, ob wir hier Leserbriefe, Willensbekundungen oder Berichte vor uns haben. Elemente aller drei Textsorten sind vorhanden. Auch in der Hinsicht, dass sich formelhafte Sprache findet, wie z. B. *Aufgaben vorfristig realisieren, Jahresplan vorfristig erfüllen, erfolgreichen Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik fortsetzen*, stimmen diese Texte mit den anderen hier untersuchten Textexemplaren überein.

## 7. Mediennutzung

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Leser in der DDR den Intentionen der öffentlich verbreiteten Texte nicht unbedingt folgten und die gewünschten Rezeptionsweisen durchaus nicht immer vollzogen. Mediennutzer in der DDR hatten auch andere als die gewünschte, zustimmende Rezeptionsweise entwickelt. Dazu gehörte die in diesem Kontext immer erwähnte Praxis, zwischen den Zeilen zu lesen und so das Mitgesagte zu entziffern. Ebenso ist hier die Praxis zu nennen, Veränderungen im üblichen inhaltlichen wie sprachlichen Vorgehen zu entdecken: Welche Inhalte verschwinden, durch welche anderen werden sie abgelöst? Welche Wörter tauchen nicht mehr auf? Welche sind an ihre Stelle getreten? Ein anderes Verfahren war, Lücken, die die Berichterstatter gelassen hatten, selbst zu füllen und auf diese Weise an die wirklich wichtigen Informationen heranzukommen. Dafür abschließend ein Beispiel.<sup>70</sup>

---

<sup>69</sup> Vgl. Fix 1993.

<sup>70</sup> Fix 2003.

Am 30. Mai 1968 wurde die Leipziger Universitätskirche gesprengt. Eine Kirche passte nicht in das Bild des sozialistischen Karl-Marx-Platzes,<sup>71</sup> wie ihn sich Walter Ulbricht und mit ihm Vertreter der SED, der Stadt und der Universität vorstellten. Die Sprengung wurde veranlasst und getragen vom Politbüro der SED, von der SED-Bezirksleitung des Bezirkes Leipzig, vom Rat der Stadt und vom Senat der Universität. Am 23. Mai 1968 wurde sie von der 15. Stadtverordnetenversammlung beschlossen, am 30. Mai fand sie statt. Einige Zeit später wurde auch das nur teilweise zerstörte Universitätsgebäude gesprengt. An die Stelle des Ensembles der Paulinerkirche und des Universitätsgebäudes (Augusteum) wurde ein moderner Gebäudekomplex mit einem Hochhaus gesetzt, dessen Grundriss ein aufgeklapptes Buch darstellt. Es symbolisierte von nun an die Universität.

Wie hat sich das in der Zeit des Abrisses in der Presse widergespiegelt?

Untersucht wurden die Ausgaben der „Leipziger Volkszeitung“ vom 23. Mai 1968 bis zum 6. Juni 1968, soweit es um das Thema ‚Neugestaltung des Stadtzentrums‘ geht. Wenn von *Neugestaltung des Zentrums* oder *Umgestaltung des Karl-Marx-Platzes* die Rede war, stand für alle Beteiligten, ob Gegner oder Befürworter fest, dass es um die Sprengung der Kirche ging. Es ist umso bemerkenswerter, dass, selbst wenn vom Vorgang der Sprengung direkt geschrieben wird, das Objekt der Sprengung nie erwähnt wird. Das Wort ‚Kirche‘ wie auch der Name ‚Universitätskirche‘ tauchen an keiner Stelle des untersuchten Textmaterials auf. Man liest von *Sprengarbeiten*, von *Baubeginn* und *Baumaßnahmen* sowie von *Vorbereitungen für den Neubau der Karl-Marx-Universität* (Texte 7, 8, 10), nicht einmal aber ist die Rede von dem Vorgang der Sprengung selbst. Das erinnert an eine der von Peter Cassirer (1981) formulierten Regeln für das Verstehen, nämlich: Wenn etwas Erwartetes und Unbekanntes verschwiegen wird, interpretieren wir es als weniger gut als das Gesagte. Die allgemeine Erfahrung, die hinter der von Cassirer formulierten Regel steht, dass man mit den Lücken doch etwas zu verstehen gibt – in diesem Falle etwas Ungewünschtes –, war denen, die die Pressemitteilungen gelenkt haben, entweder nicht bewusst oder sie haben damit gerechnet, dass die Maxime des Verhüllens von allen in gleicher Weise akzeptiert wird und jeder diesem Verfahren bereitwillig und offenen Auges folgt. Bereits bei einem ersten Überblick über die in Frage kommenden Texte gewinnt man den Eindruck, dass „um eine Leerstelle herum“ geschrieben wird. Es herrschte offensichtlich Einigkeit darüber, dass das eigentliche Thema, die Sprengung der Kirche, unter keinen Umständen beim Namen genannt werden darf. Stattdessen geht es um benachbarte Themen, mit

---

<sup>71</sup> Der frühere Augustusplatz wurde im Herbst 1945 in Karl-Marx-Platz umbenannt.

denen man indirekt den Bezug zum Thema ‚Sprengung‘ herstellen kann: die Verschönerung des Karl-Marx-Platzes, andere Baustellen in Leipzig, die Bauarbeiter und ihre Leistungen, die Beschaffung von Baumaterial und vor allem die Zustimmung aller Kreise der Bevölkerung zur Neugestaltung des Stadtzentrums. Festzuhalten ist auf der anderen Seite aber auch, dass die öffentlichen Texte durchaus Passagen enthalten können, die der Wahrhaftigkeitsmaxime verpflichtet sind. Das ist immer dann der Fall, wenn nicht die Sprachhandlung des LOBENS und RÜHMENS vollzogen wird, sondern die des DROHENS (Texte 9, 11). Diese Sprachhandlung ist bei Nennung der angesprochenen Gruppen, Vertreter der Kirche, Mitglieder der theologischen Fakultät, Studenten, auf dem Karl-Marx-Platz stehende und auf diese Weise protestierende Personen, nicht verhüllend, sondern direkt ausgedrückt, und es ist gemeint, was gesagt wird: Der Gebrauch gesetzlicher Mittel, die Bildung von Kommissionen, der Verlust der Arbeitsstelle oder des Studienplatzes werden angedroht.<sup>72</sup> Die Rezipienten haben sowohl die Leerstelle füllen als auch die Drohungen verstehen können. Mit diesem Blick auf die Rezeptionsweisen von Presstexten, wie sie in der DDR üblich waren, wird der Beitrag abgeschlossen.

Obwohl die Zeitungssprache der DDR schon mehrfach linguistisch behandelt worden ist, ist die systematische Erforschung ihrer Formulierungsweisen und Textformen bisher ein Desideratum. Geht man aber von der diskurslinguistisch begründeten These aus, dass die politisch-ideologischen Umstände, unter denen Medien in den besonderen Machtverhältnissen eines totalitären Staates<sup>73</sup> agieren, deren sprachliche Darstellungsweise in starkem Maße beeinflussen, liegt die Notwendigkeit einer umfassenden Presstextanalyse auf der Hand. Dazu einen Beitrag zu leisten, war mein Anliegen.

---

<sup>72</sup> Wenn den Gemeinden angedroht wird, man wolle ihnen die Schaufel in die Hand drücken und sie in die eigene Brigade aufnehmen, damit sie das Arbeiten lernen, so war klar, dass damit die übliche Praxis gemeint war, den Betroffenen von seiner Arbeitsstelle oder seinem Studienplatz weg zur „Bewährung in die Produktion“ zu schicken. Außerdem berichtet der Leipziger Komponist Günter Neubert in einem Interview mit der LVZ am 18. Februar 2003 von der Witwe des Gewandhauskapellmeisters Franz Konwitschny, die an der Stelle der Sprengung Blumen niedergelegt hatte und der daraufhin die Rente gestrichen wurde.

<sup>73</sup> Zur Einordnung der DDR als totalitärer Staat vgl. Holzweißig 2002, 2ff.

## Literatur

- Arendt, Hannah (1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Stuttgart.
- Auer, Peter (1999): Sprachliche Interaktion. Eine Einführung anhand von 22 Klassikern. Tübingen.
- Balint, Balla (1971): Funktionswandel der Massenmedien in totalitären Systemen. Leserbriefe in der Parteipresse Ungarns. In: Ronneberger, Franz (Hrsg.): Sozialisation durch Massenkommunikation. Der Mensch als soziales und personales Wesen. Bd. IV. Stuttgart, S. 319-355.
- Bock, Bettina; Fix, Ulla; Pappert, Steffen (Hrsg.) (2011): Politische Wechsel – Sprachliche Umbrüche. Berlin.
- Böttcher, Johannes. (1961): Der Leserbrief in der Presse der Bundesrepublik Deutschland. Erlangen, Nürnberg.
- Bredel, Ursula; Dittmar, Jeanette (1997): Strukturelle Planbrüche als Hinweis auf Registerkonflikte im Sprachgebrauch von Ostberlinern nach der Wende. Deutsche Sprache 1/97, S. 39-53.
- Bucher, Hans-Jürgen (1986): Pressekommunikation. Grundstrukturen einer öffentlichen Form der Kommunikation aus linguistischer Sicht. Tübingen, S. 30-55.
- Burger, Harald (1990): Sprache der Massenmedien. Berlin, New York.
- Cassirer, Peter (1981): Regeln der alltäglichen Konversation als Grundlage der interpretativen Stilistik. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 11 (1981), 43/44, S. 110-131.
- Coulmas, Florian (1979): Sprache und Kultur. Einleitung zu Dell Hymes: Soziolinguistik. Zur Ethnographie der Kommunikation. Frankfurt am Main, S. 7-25.
- Fasel, Christoph (2008): Textsorten. Wegweiser Journalismus. Bd. 2. Konstanz.
- Fink-Eitel, Hinrich (2002): Michel Foucault zur Einführung. Hamburg.
- Fix, Ulla (1992): Rituelle Kommunikation im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR und ihre Begleitumstände. In: Lerchner, Gotthard (Hrsg.): Sprachgebrauch im Wandel. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, S. 3-99.
- Fix, Ulla (1993): Medientexte diesseits und jenseits der „Wende“. Das Beispiel ‚Leserbrief‘. In: Biere, Bernd Ulrich; Henne, Helmut (Hrsg.): Sprache in den Medien nach 1945. Tübingen.
- Fix, Ulla (1997): Wortzuteilung, Wortverknappung, Wortverweigerung, Wortverbot. Die Rolle von Benennungen bei der Steuerung des Diskurses. In: Barz, Irmhild; Schröder, Marianne (Hrsg.): Nominationsforschung im Deutschen. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, S. 345-359.
- Fix, Ulla (1998): Rituelle Kommunikation in der DDR. Frankfurt am Main, Berlin, Bern.
- Fix, Ulla; Barth, Dagmar (2000): Sprachbiographien. Sprache und Sprachgebrauch vor und nach der Wende von 1989 im Erinnern und Erleben von Zeitzeugen aus der DDR. Frankfurt am Main, Berlin, Bern.
- Fix, Ulla (2003): Die Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1968. Die Sprache der Texte und die Sprache der Bilder. In: Jahrbuch für internationale Germanistik. Jg. XXXV – Heft 2, S. 75-100.

Fix, Ulla (2011a): Entdifferenzierung und Ritualisierung von Textsorten im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR – das Beispiel Presstexte. In: Benoist, Stéphanie u. a. (Hrsg.): Politische Konzepte in der DDR: zwischen Diskurs und Wirklichkeit. Frankfurt am Main, Berlin, Bern. Erscheint 2011.

Fix, Ulla (2011b): Sprache in totalitären Systemen – mehr als die öffentliche Sprache ihrer Repräsentanten. Stand der Forschung und offene Forschungsfelder. In: Bock, Bettina u. a. (Hrsg.): Politische Wechsel – Sprachliche Umbrüche. Berlin, S. 13-29.

Foucault, Michel (1976, 1977): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. Frankfurt am Main.

Foucault, Michel (1972, 1996): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main.

Gätje, Olaf (2008): Der Gruppenstil der RAF im „Info“-System. Eine soziostilistische Analyse aus systemtheoretischer Perspektive. Berlin, New York.

Good, Colin (1993): Zeitungssprache im geteilten Deutschland. Exemplarische Textanalysen. München.

Grice, H. Paul (1979): Logik und Konversation. In: Meggle, Georg (Hrsg.): Handlung, Kommunikation, Bedeutung. Frankfurt am Main, S. 243-265.

Heitsch, Annett (1995): Vorgegeben und zensiert – Sprachlenkung am Beispiel von DDR-Presstexten. Magisterarbeit. Institut für Germanistik der Universität Leipzig.

Hellmann, Manfred W. (1993): Die Leipziger Volkszeitung vom 27.10.1989. In: Manfred W. Hellmann: Das einigende Band? Tübingen, S. 305-353.

Hellmann, Manfred W. (1999): Wende-Bibliografie. Literatur und Nachschlagewerke zu Sprache und Kommunikation im geteilten und vereinigten Deutschland ab Januar 1990. Mannheim. IdS (= amades (Bd.1/99)).

Hellmann, Manfred W. (2000): Divergenz und Konvergenz. Sprachlich-kommunikative Folgen der staatlichen Trennung und Vereinigung Deutschlands. Ein Überblick. In: Manfred W. Hellmann: Das einigende Band? Tübingen, S. 483-516.

Hellmann, Manfred W. (2004): Thema erledigt – oder doch noch nicht? Was bleibt zu tun beider Erforschung des DDR-Sprachgebrauchs? In: Manfred W. Hellmann: Das einigende Band? Tübingen, S. 545-553.

Heringer, Hans-Jürgen (1990): Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort. Politik, Sprache, Moral. München.

Hoffmann, Gregor (2010): Sprachliche Deritualisierung und kommunikativer Wandel durch den gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. Frankfurt am Main, Berlin, Bern.

Holzweißig, Gunter (1983): Massenmedien in der DDR. Berlin.

Holzweißig, Gunter (1997): Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur. Bonn.

Holzweißig, Gunter (2002): Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR. Köln, Weimar, Wien.

- Klein, Josef (2000): Textsorten im Bereich politischer Institutionen. In: Brinker, Klaus u. a. (Hrsg.): Text- und Gesprächslinguistik. 1. Halbband. Berlin, New York, S. 732-755.
- Konersmann, Ralf (1996): Der Philosoph mit der Maske. Michel Foucaults L'ordre du Discours. In: Michel, Foucault: Die Ordnung des Diskurses, S. 51-91.
- Lenin, Wladimir I. (1985): Was tun? In: Werke Bd. 5, Berlin, S. 355-551.
- Lenin, Wladimir I. (1987): Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. In: Werke Bd. 27, Berlin, S. 225-268.
- Lenin, Wladimir I. (1970): Womit beginnen? In: Über die Presse. Hrsg. Internationale Organisation der Journalisten. Prag, 73-79
- Löffler, Katrin (1993): Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig. Leipzig.
- Lüger, Heinz-Helmut (1985): Methode und Gegenstandskonstitution – Überlegungen zur Untersuchung von Pressesprache. Trier.
- Lüger, Heinz-Helmut (1983): Pressesprache. Tübingen.
- Meggle, Georg (Hrsg.): Handlung, Kommunikation, Bedeutung. Frankfurt am Main.
- Meyen, Michael; Fiedler, Anke (2010): Totalitäre Vernichtung der politischen Öffentlichkeit? Tageszeitungen und Kommunikationsstrukturen in der DDR. In: Zahlmann (2010), S. 35-59.
- Pappert, Steffen (2003): Politische Sprachspiele in der DDR. Frankfurt am Main, Berlin.
- Pürer, Heinz; Raabe, Johannes (2007): Presse in Deutschland. Konstanz.
- Püschel, Ulrich (1991): Zeitungskommunikation unter gelockerter Zensur. Die Zeitung als Organ der öffentlichen Meinung. In: Folia Linguistica 25, S. 1-26.
- Ronneberger, Franz (1971): Sozialisation durch Massenkommunikation. In: Ronneberger, F. (Hrsg.): Sozialisation durch Massenkommunikation. Der Mensch als soziales undpersonales Wesen. Bd. IV. Stuttgart, S. 32-101.
- Schlosser, Horst Dieter (1990): Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen. Köln.
- Schlosser, Horst Dieter (1999): Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen. 2. Aufl. Mit einem aktualisierenden Vorwort. Köln.
- Schlosser, Horst Dieter (Hrsg.) (1991): Kommunikationsbedingungen und Alltagssprache in der ehemaligen DDR. Hamburg.
- Seidel, Eugen; Seidel-Sloty, Ingeborg (1961): Sprachwandel im Dritten Reich. Halle/Saale.
- Sommerfeldt, Karl-Ernst (1997): Gestern so und heute anders. Sprachliche Felder und Textsorten in der Presse. München.

Spitzmüller, Jürgen; Warnke, Ingo H. (2011): Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse. Berlin, New York.

Strasdas, Doreen (1998): Nachrichten und Ritualität. Eine Untersuchung anhand der Tageszeitung Neues Deutschland. In: Fix, Ulla (Hrsg.): Ritualität in der Kommunikation der DDR: Frankfurt am Main, Berlin, Bern, S. 369-398.

Straßner, Erich (1994): Deutsche Presse und Pressesprache nach 1945. – In: Löffler, H. u.a. (Hrsg.) (1994): Texttyp, Sprechergruppe, Kommunikationsbereich: Studien zur deutschen Sprache in Geschichte und Gegenwart. Berlin, New York, S. 225-260.

Straßner, Erich (1999): Zeitung. Tübingen.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (06.04.1968, Fassung: 07.10.1974), in: documentArchiv.de (Hrsg.), URL: <http://www.documentArchiv.de/ddr/verfddr.html>, Stand: 18.02.2011.

Warnke, Ingo H. (2001): Intrakulturell versus interkulturell – zur kulturellen Bedingtheit von Textmustern. In: Fix, Ulla; Habscheid, Stephan; Klein, Josef (Hrsg.): Zur Kulturspezifität von Textsorten. Tübingen, S. 241-254.

Warnke, Ingo H.; Spitzmüller, Jürgen (2008) (Hrsg.): Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene. Tübingen.

Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit (1993). Ministerium für Staatssicherheit. Hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Potsdam.

Wörterbuch, Kleines Politisches (1978). Berlin.

Wörterbuch der sozialistischen Journalistik (1979). Karl-Marx-Universität, Leipzig.

Zahlmann, Stefan (2010) (Hrsg.): Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR. Berlin.

## Quellen

Durchgesehen wurden alle Nummern der Leipziger Volkszeitung vom 23. Mai bis 6. Juni 1968. Die wiedergegebenen Texte stammen aus den Nummern 23.5., 24.5., 30.5., 31.5. und 5.6.

Ferner wurden November 1984 und September 1989 durchgesehen. Die wiedergegebenen Texte stammen vom 23.11.1984 und 14. sowie 15.09.1989.

## Freundschaftliche Begegnung mit Vizepremier Rumäniens

Werner Krolkowski von Gheorghe Oprea empfangen

Bukarest (ND-Korr.). Das Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP Gheorghe Oprea, Erster Vizepremierminister der Regierung der SRR, hat am Donnerstag in Bukarest den Leiter der Delegation des ZK der SED zum XIII. RKP-Partei-tag, Werner Krolkowski, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, empfangen. Im Mittelpunkt des freundschaftlichen Gesprächs standen aktuelle Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

Die Politiker stellten mit Befriedigung fest, daß weitere Anstrengungen für den Ausbau dieser Beziehungen, auch auf dem

Gebiet der Spezialisierung und Kooperation, bei der Abstimmung der Volkswirtschaftspläne der SRR und der DDR für 1985 und den Zeitraum 1986 bis 1990 unternommen werden. Zugleich betonten die Gesprächspartner die Notwendigkeit, die Beschlüsse der Moskauer Wirtschaftsberatung der Mitgliedsländer des RGW auf höchster Ebene vom Juni dieses Jahres mit Leben zu erfüllen.

An der Begegnung nahmen die Mitglieder der Delegation des ZK der SED Paul Verner, Mitglied des ZK der SED und des Staatsrates der DDR, und Dr. Herbert Plaschke, Botschafter der DDR in der SRR, teil.

(1) ND, 23.11.1984



**Jegor Ligatschow in der Kooperation Neuzelle:**

# Die DDR und die UdSSR sind zuverlässige Verbündete

**Wünsche im Westen, unsere Gemeinschaft zu schwächen, werden sich nicht erfüllen / Erfahrungsaustausch mit Genossenschaftsbauern**

Eisenhüttenstadt (ADN/ND). Die in der DDR weilende Delegation des ZK der KPdSU unter Leitung von Jegor Ligatschow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK, besuchte am Mittwoch Genossenschaftsbauern in der Kooperation Neuzelle im Kreis Eisenhüttenstadt. Ihr Interesse galt Ergebnissen genossenschaftlicher Arbeit und ökonomischen Maßnahmen in der Feld- und Viehwirtschaft.

Mit den sowjetischen Gästen wurden Werner Krolkowski, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Bruno Lietz, Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, Helmut Semmelmann, Leiter der Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED, und Christa Zellmer, Sekretär der Bezirksleitung Frankfurt (Oder) der SED, in Neuzelle willkommen geheißen. Gemeinsam informierten sie sich über ausgewählte Verfahren in der Pflanzen- und Tierproduktion sowie über die Arbeits- und Lebensbedingungen.

Bei einem ersten angeregten Erfahrungsaustausch zwischen den Genossenschaftsbauern und ihren Gästen reichten die Themen von der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Kooperation bis zum Wirken der VdgB in den Dörfern. Zur Kooperation, so erläuterte der Vorsitzende des Kooperationsrates, Hans-Dieter Wellkisch, gehören neben der LPG Pflanzenproduktion fünf Genossenschaften und ein VEG der Tierproduktion. Die Bäuerinnen und Bauern bewirtschaften auf einem sehr leichten Standort mit der Bodenwertzahl 27 nahezu 8500 Hektar Land. In den Ställen der Kooperationspartner steht mit 20 000 Schweinen und mehr als 8000 Rindern ein sehr hoher Viehbestand.

Jegor Ligatschow interessierte sich besonders für die Vermarktung von Speisekartoffeln und Gemüse. Hans-Dieter Wellkisch erläuterte, daß die Genossenschaft das ganze Jahr über sowohl in Netzen abgepackte Ware als auch geschälte Kartoffeln direkt an Einzelhandel und Großverbraucher liefert. Die Bauern wollen künftig Gemüse auch küchenfertig anbieten. Das nutzt dem Kunden und bringt finanzielle Vor-



Jegor Ligatschow wird von Ulrich Rohn über die Nutzung moderner Diagnosegeräte für die Pflege der Landtechnik informiert. Foto: ND/Lange

er und erhielt die Zustimmung der sowjetischen Gäste.

Im Anschluß an die Gespräche besichtigten die Gäste die Gemeinde Möbiskrüge. Stationen eines Dorfgrundganges waren unter anderem der Kindergarten, die Konsumverkaufsstelle und das neue agrarhistorische Kabinett der Kooperation.

Bei einer Zusammenkunft am Nachmittag mit Bauern ergriff zunächst Jegor Ligatschow das Wort. Er verspüre das große Interesse, das hier der Umgestaltung in der UdSSR entgegengebracht werde. Hauptrichtung der Außenpolitik der Sowjetunion ist und bleibt die allseitige Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die Wünsche einiger im Westen, die diese Gemeinschaft lieber schwach sehen würden, werden sich nicht erfüllen, sagte er. Unsere Parteien und Länder sind in einem ständigen Dialog. Die DDR ist auch künftig unser zuverlässiger Verbündeter. Er wünschte den Genossenschaftsbauern und dem ganzen Volk der DDR viel Erfolg bei der Lösung der anspruchsvollen Aufgaben.

Werner Krolkowski unterstrich, daß die SED und die DDR immer fest an der Seite der KPdSU und des Sowjetvolkes stehen werden. Er erinnerte an die Feststellung

Treffen mit Michail Gorbatschow, daß die Freundschaft und Zusammenarbeit noch nie so eng war wie heute. Auch unter dem Eindruck des Besuches der KPdSU-Delegation, so sagte Werner Krolkowski, könne es nur eine Tendenz geben, das Miteinander immer tiefer, fester, schöpferischer und fruchtbarer zu gestalten. Daran sollten bestimmte Kreise in der BRD denken, die das politische Klima im Zentrum Europas stören wollen. Die Zeichen der Zeit stehen eindeutig auf Frieden und Zusammenarbeit, die Zeit der politischen Brunnenvergifter ist ein für allemal vorbei. Arbeiter und Bauern, die überwältigende Mehrheit des Volkes, schließen sich in diesen Tagen noch enger um die SED, ihr Zentralkomitee und dessen Generalsekretär, Erich Honecker, zusammen. Unbeirrt schreiten wir vorwärts zum 40. Jahrestag der DDR und zum XII. Parteitag der SED.

Siehe auch Seite 3

## Christliche und engagiert für

(2) ND, 14.9.1989

# Ausbau der Zusammenarbeit mit der UdSSR im Landmaschinenbau beraten

Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen Gerhard Schürer und Jegor Ligatschow

Berlin (ADN). Der Kandidat des Politbüros des ZK der SED Gerhard Schürer, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR, traf am Donnerstag mit dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Jegor Ligatschow, und Mitgliedern der von ihm geleiteten Delegation zusammen.

In dem Gespräch gingen beide Seiten von den grundsätzlichen Festlegungen während des Treffens zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Michail Gorbatschow, am 28. Juni 1989 in Moskau zur weiteren Entwicklung und Vertiefung der allseitigen Beziehungen zwischen beiden Ländern aus.

Die 1989 unterzeichnete Konzeption der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR/UdSSR bis zum Jahre 2000 erweise sich als eine gute Grundlage.

Mit der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne für den Zeitraum 1991 bis 1995 komme es darauf an, die darin enthaltenen Aufgaben zielstrebig umzusetzen und die ökonomische Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Das besondere Interesse des Gastes galt den Erfahrungen der DDR bei der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Landwirtschaft, vor allem der materiell-technischen Sicherstellung zur Erzielung von Höchstleistungen in der Pflanzenproduktion und in der Viehwirtschaft sowie der engen Verbindung von Wissenschaft und Praxis.

Gerhard Schürer erläuterte den Stand und die Aufgaben zur weiteren Entwicklung der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft und ihre Wechselbeziehungen zur gesamten Volkswirtschaft. Die Qualifizierung von Leitung, Planung und wirtschaftlicher Rechnungsführung erfolge in Übereinstimmung mit der weiteren Ausgestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. Durch Schaffung

gesamstaatlicher und volkswirtschaftlicher Bedingungen würden die Intensivierungsprozesse in diesem Bereich unterstützt und entsprechend den konkreten Produktionsbedingungen wirksam gefördert. Das ermögliche hohe Erträge und Leistungen in der Pflanzen- und Tierproduktion bei sinkenden Kosten und steigender Arbeitsproduktivität.

Gerhard Schürer und Jegor Ligatschow stimmten überein, daß die langjährige Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR auf dem Gebiet der Mechanisierung sowie des Landmaschinenbaus und der Agrochemie zu bedeutsamen Ergebnissen für beide Volkswirtschaften führt. Für die Erweiterung der bewährten Spezialisierung und Kooperation zwischen Kombinat der DDR und Produktionsvereinigungen der UdSSR auf dem Gebiet des Landmaschinenbaus sowie bei der Produktion kompletter Melkanlagen und der Milchkühltechnik und von Ausrüstungen für die Nahrungsgüterproduktion bestünden gute Voraussetzungen. Als weiterer Schwerpunkt wurde die Lager- und Kühltechnik genannt, die von großer Bedeutung für die Einschränkung von Verlusten bei Nahrungsgütern ist.

Die langfristig vereinbarten gegenseitigen Lieferungen von Ausrüstungen und Maschinen sowie agrochemischen Erzeugnissen tragen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft in beiden Ländern auf der Grundlage der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED und des XXVII. Parteitages der KPdSU bei.

So werde im gegenwärtigen Fünfjahresplanzeitraum die DDR der UdSSR Landtechnik und Ausrüstungen für die verarbeitenden Zweige des Agrar-Industrie-Komplexes der UdSSR in einem Wertumfang von mehr als drei Milliarden Rubel liefern, darunter moderne selbstfahrende Futtermittelkombines, Maschinen und Linien für die Getreide- und Saatgutreinigung, Ausrüstungen für die Geflügelhaltung, Kühlhäuser für Obst und Gemüse sowie Maschinen für die Nahrungsgüterindustrie. Die DDR erhält aus der UdSSR vor allem Traktoren, Milchkühlwagen, Beregnungsanlagen und andere Erzeugnisse.

Zahlreiche Verträge über die Direktbeziehungen zwischen Kombinat und Betrieben der DDR sowie Produktionsvereinigungen und Betrieben der UdSSR, so wurde hervorgehoben, seien auf die weitere Vertiefung der Produktionskooperation sowie die Entwicklung und Anwendung moderner technologischer Prozesse im Landmaschinenbau gerichtet. Ihnen würde auch künftig eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

An dem Gespräch nahmen teil: das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED Werner Krollkowski, der Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, Bruno Lietz, der Minister für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau, Gerhard Tautenhahn, der Leiter der Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED, Helmut Semmelmann, der Stellvertreter des Ministers für Chemische Industrie Manfred Götz. Zugewesen waren der Botschafter der UdSSR in der DDR, Wjatscheslaw Kotschemasow, sowie weitere Persönlichkeiten beider Länder.

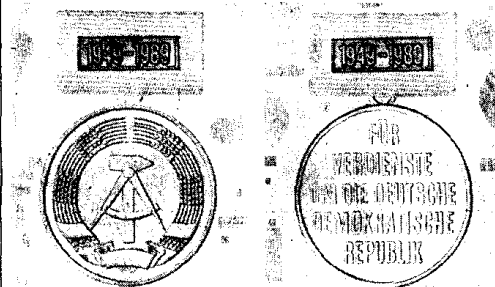
## Ehrenmedaille zum 40. Jahrestag der DDR für verdienstvolle Bürger

Auszeichnungen auf festlichen Veranstaltungen

Berlin (ADN). Aus Anlaß des bevorstehenden Republikjubiläums werden dieser Tage verdienstvolle Bürger unseres Landes, die durch hervorragende Leistungen zum Werden und Wachsen unserer sozialistischen DDR, zur sozialer Sicherheit und Frieden sowie zur Stärkung unseres sozialistischen Arbeiter- und Bauern-Staates beitrugen, mit

der „Ehrenmedaille zum 40. Jahrestag der DDR“ geehrt.

In den vergangenen Tagen haben auf festlichen Veranstaltungen antifaschistische Widerstandskämpfer, Verfolgte des Naziregimes sowie verdiente Partei- und Arbeiterveteranen diese Auszeichnung überreicht bekommen.



Auf weiteren festlichen Veranstaltungen zum 40. Jahrestag der DDR wird bis zum 7. Oktober in Betrieben, Einrichtungen und Institutionen verdienten Arbeitern und Genossenschaftsbauern, An-

gehörigen der bewaffneten Organe sowie Mitgliedern der im demokratischen Block vereinten Parteien und Massenorganisationen die Ehrenmedaille überreicht.

## Militärisches Können beim Schutz der DDR gewürdigt

Armee general Heinz Keßler in NVA-Jagdfliegergeschwader

Berlin (ADN). Armee general Heinz Keßler, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Minister für Nationale Verteidigung, besuchte am Donnerstag das

derzeit alles zu tun, um an der Seite der Waffenbrüder den Luftraum sicher zu behüten.

Minister Keßler dankte den Geschwaderangehörigen für ihre Anstrengungen bei der Erfüllung

## **DDR-Cocktail am Sitz der UNESCO in Paris**

Paris (ADN). Der Ständige Vertreter der DDR bei der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), Botschafter Ferdinand Thun, gab im UNESCO-Sitz in Paris einen Cocktail. Seiner Einladung folgten der Generaldirektor der UNESCO, Amadou Mahtar M'Bow, sowie zahlreiche Vertreter des Sekretariats, Chefs der Ständigen Delegationen der Mitgliedsstaaten sowie Repräsentanten aller regionalen Gruppen in der UNESCO. In Gesprächen äußerten die Gäste ihre Wertschätzung für die konstruktive Mitarbeit der DDR in der UNO-Spezialorganisation. Gleichzeitig wurde die Bedeutung der UNESCO für die internationale Zusammenarbeit und den Dialog im Interesse der Erhaltung des Friedens hervorgehoben.

## **Kulturverhandlungen DDR-BRD fortgesetzt**

Berlin (ADN). Im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR in Berlin wurden am Donnerstag die Verhandlungen zum Abschluß eines Kulturabkommens zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD fortgesetzt. Die Delegation der DDR wurde von Kurt Nier, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, geleitet. Die Delegation der BRD stand unter der Leitung des Leiters der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, Dr. Hans Otto Bräutigam. Es wurde vereinbart, die Verhandlungen fortzusetzen.

(4) ND, 23.11.1989

## Berliner Bestarbeiter an Erich Honecker:

# Die DDR ist unser Werk — mit ihr fühlen wir uns verbunden

Konferenzteilnehmer: Auf Leistungswillen der Werktätigen ist auch künftig Verlaß

Lieber Genosse Erich Honecker!

Von unserer 14. Berliner Bestarbeiterkonferenz übermitteln wir Dir und dem Zentralkomitee der SED herzliche Kampfesgrüße.

Die heutige Beratung war bestimmt von der Entschlossenheit der 4200 Bestarbeiter mit dem Mandat von 834 000 Gewerkschaftern der Hauptstadt, die Beschlüsse des XI. Parteitag der SED im 40. Jahr der DDR noch ergebnisreicher zu verwirklichen und neue Initiativen in Vorbereitung des XII. Parteitages der SED zu entwickeln.

### Leben in Frieden und sozialer Sicherheit

Den 40. Jahrestag der DDR begehen wir in dem Bewußtsein, daß von der Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei eine beispiellose geschichtliche Leistung vollbracht wurde. Das ist unser aller Werk. Deshalb fühlen wir uns der DDR mit allen Fasern unseres Herzens verbunden. Diese Position und unsere Leistungen sind unsere eindeutige Antwort auf den Schwall von Lügen über unseren Arbeiter- und Bauernstaat, in dem sich letztlich nur die ohnmächtige Wut des imperialistischen Feindes über das Scheitern seiner 40jährigen Konspiration gegen die DDR offenbart.

Richtschnur unserer heutigen Aussprache wie auch unserer weiteren täglichen Arbeit und unseres politischen Wirkens in den Betrieben und Einrichtungen ist uns Deine Rede auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED. Ganz in diesem Sinne haben wir auch Deine Worte an die Kollektive des Kombines Mikroelektronik, anläßlich der Übergabe des Modells des 32-bit-Mikroprozessors, als Orientierung für unsere weitere Arbeit verstanden.

Wir versichern Dir, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, den Sozialismus in unserem Lande weiter zu stärken und den Kurs der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik für ein Leben aller Bürger in Frieden, sozialer Sicherheit und Geborgenheit konsequent fortzusetzen. Dazu bekräftigen wir, daß jeder an seinem Platz — ob Leiter, Forscher, Technologe oder Produktionsarbeiter — seine per-

In Vorbereitung des XII. Parteitages der SED haben sich die Kollektive aller Berliner Betriebe und Einrichtungen der Industrie, des Bauwesens, im Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie in der Landwirtschaft, im Handel und im Bereich der Dienstleistungen viel vorgenommen.

● Die Ergebnisse und Erfahrungen aus den Höchstleistungs- und Initiativschichten zum Weltfriedenstag werden wir nutzen, um überall höhere arbeitstägliche Leistungen zu realisieren, den erreichten Planvorsprung in den Hauptkennziffern bis zum Vorabend des 40. Jahrestages weiter auszubauen und damit die Voraussetzungen für die allseitige Erfüllung und gezielte Überbietung des Volkswirtschaftsplanes 1989 zu schaffen.

● Wir werden entschlossen alles daransetzen, um unsere Verpflichtung bis zum Jahresende in allen Sortimenten und Einzelpositionen Punkt für Punkt einzulösen.

Das gilt besonders für die Leistungen zur Versorgung der Bevölkerung. Über ihre Qualität und Zuverlässigkeit entscheiden wir durch unsere Arbeit in jedem Betrieb, im Handel sowie durch die Leitungstätigkeit in jedem Stadtbezirk und im Magistrat. Wir werden dafür sorgen, daß die Versorgungspläne, die in der Verantwortung des Magistrats und der Räte der Stadtbezirke liegen, gewissenhaft erfüllt, alle Grundsortimente täglich vollständig produziert und ausgeliefert werden und in jedem Geschäft freundlich bedient wird.

### Rationalisierung in noch größerer Breite

Die im Rahmen unserer Initiative „Mehr Konsumgüter aus Berlin“ übernommene Verpflichtung, Erzeugnisse im Wert von 140 Millionen Mark zusätzlich zum Plan für die Versorgung der Bevölkerung herzustellen, werden wir voll erfüllen.

In enger Zusammenarbeit zwischen Industrie und Handel wollen wir auf die Erfordernisse der Versorgung schnell reagieren und unsere Möglichkeiten für weitere ergebniskonkrete Initiativen noch besser nutzen.

Mit der planmäßigen Realisierung solcher Vorhaben wie z. B.

— Mikrooptoelektronikzentrum im VEB Werk für Fernsehelektronik,

— Fertigungsstätte technologischer Spezialausrüstungen im VEB Steremat „Hermann Schlimme“ und

— Gentechnikzentrum im Forschungszentrum Biotechnologie schaffen wir zielgerichtet weitere Voraussetzungen für die breitere Entwicklung, Produktion und Anwendung der Schlüsseltechnologien in Berlin. Besonders konzentrieren wir uns dabei auf die breitere Nutzung der Mikroelektronik sowie auf die damit verbundene Vorbereitung und Qualifizierung der Werktätigen. Über diesen Weg werden Grundlagen für ein hohes Leistungs- und Effektivitätswachstum und für eine stabile Exportentwicklung in den 90er Jahren gelegt.

### Jugendinitiativen bei Vorstoß in Neuland

Bei der Sicherung hoher Produktionsergebnisse und vor allem beim Vorstoß in technisches und technologisches Neuland können wir stets auf die Initiativen und das Schöpferum der Jugendbrigaden und Jugendforscherkollektive insbesondere im Rahmen der MMM-Bewegung bauen. So hat sich beispielsweise in Berlin-Köpenick eine Initiative von Jugendbrigaden unter dem Motto „Unser Beitrag zum Zwölften“ entwickelt, der sich schon mehr als 50 Prozent der Jugendkollektive des Stadtbezirks mit konkreten Verpflichtungen angeschlossen haben.

● Unser besonderes Augenmerk widmen wir der entschiedenen Senkung von Aufwand und Kosten. So bereiten wir uns am besten auf die umfassende Anwendung des Prinzips der Eigenverwirtschaftung der Mittel vor.

Unter dem Motto: „Mitdenken — Kosten senken!“ werden die Ideen und Beiträge jedes einzelnen genutzt, wird das ökonomische Denken in allen Kollektiven und auf allen Stufen des Reproduktionsprozesses weiter ausgeprägt.

Wir haben uns vorgenommen,

nennen wird, um taglich den Plan termin-, qualitäts- und sortimentsgerecht zu erfüllen.

Auf der heutigen Beratung haben wir uns darüber verständigt, wie durch das Erschließen von Reserven und durch neue Initiativen im sozialistischen Wettbewerb zum 40. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik unsere gute, auf die Sicherung des Friedens und das Wohl der Werktätigen gerichtete Politik noch wirksamer untermauert werden kann. Im Vordergrund steht dabei ein hohes verteilbares Endprodukt bei gefragten Erzeugnissen, besonders bei Konsumgütern.

Mit Stolz, aber ohne Selbstzufriedenheit können wir über gute Ergebnisse der Planerfüllung in den Betrieben und Einrichtungen der Hauptstadt berichten. Davon zeugen die bis Ende August erbrachten zusätzlichen Leistungen zum Volkswirtschaftsplan 1989:

- Die Nettoproduktion in der Industrie wurde um 82,2 Millionen Mark und die industrielle Warenproduktion um 168,7 Millionen Mark überboten.
- 56,6 Millionen Mark an Nettogewinn wurden in der Industrie mehr erwirtschaftet, wobei die geplanten Gesamtselbstkosten und Materialkosten nicht voll in Anspruch genommen wurden.
- Fertigerzeugnisse für die Bevölkerung im Werte von 79,5 Millionen Mark wurden an den Handel über den Plan hinaus geliefert. Dazu gehören:
  - 6 000 Stück Luftfilterhauben
  - 20 000 Stück Infrarotfernbediengeräte
  - 21 525 Stück Campingmöbel
  - 1 600 Stück runderneuerte PKW-Reifen
  - 14 735 Stück Strickwaren
  - 2,2 Millionen Stück Allgebrauchslampen

## Allseitige Erfüllung des Planes unser Ziel

Außerdem wurden Lieferungen und Leistungen für die Versorgung der Bevölkerung im Werte von 61,3 Millionen Mark zusätzlich realisiert, darunter 14 000 Farbbildröhren für Fernsehgeräte.

- Von den landwirtschaftlichen Betrieben wurden 1048 Tonnen Gemüse zusätzlich für die Versorgung der Bevölkerung bereitgestellt.

- Das Berliner Wohnungsbaukombinat errichtete 44 Neubauwohnungen über den Plan, und 874 Wohnungen mehr wurden durch das Berliner Bauwesen modernisiert.

Auf unserer Konferenz war von guten Erfahrungen und erfüllten Verpflichtungen die Rede, aber ebenso von notwendigen Maßnahmen, um noch bestehende Rückstände aufzuholen und weitere Reserven in der Plandurchführung zu erschließen.

stützen wir dabei besonders die bezirksgeleitete Industrie zur bedarfsgerechten Produktion und Bereitstellung der Sortimente der „1000 kleinen Dinge“ und der Ersatzteile.

● Eine entscheidende Reserve für höhere Effektivität ist die sozialistische Rationalisierung. In Vorbereitung auf den XII. Parteitag werden wir deshalb in noch größerer Breite Rationalisierungsmaßnahmen durchführen. Die dazu nach der 7. Tagung des ZK entfaltete Initiative ist sehr erfolgreich geworden. Neben den 26 bedeutenden Investitionsvorhaben des Staatsplanes wurden in Berliner Betrieben 184 Rationalisierungsvorhaben unter die Kontrolle der Betriebsparteiorganisationen genommen. 88 davon sollen bereits zum 40. Jahrestag der DDR abgeschlossen werden.

## Forschungen für Spitzenleistungen

73 Prozent aller Rationalisierungsvorhaben sind auf Verbesserungen der Fertigungstechnologie und die Modernisierung von Ausrüstungen ausgerichtet. 50 Vorhaben sind vor allem mit Maßnahmen zur Produktionseinführung neuer Erzeugnisse verbunden. Die Mehrzahl der Vorhaben ist zugleich direkt auf eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben gerichtet. Von besonderem Wert ist, daß vor allem betriebliche Mittel und Möglichkeiten für die Vorbereitung und Durchführung eingesetzt werden.

Mit der Realisierung aller 184 Rationalisierungsvorhaben soll insgesamt eine Selbstkostensenkung von über 20 Millionen Mark, eine Arbeitszeiteinsparung von etwa 700 000 Stunden, die Freisetzung von mindestens 230 Arbeitskräften für andere Aufgaben und ein Nettogewinnzuwachs von 220 Millionen Mark erreicht werden.

Unsere Erfahrungen besagen, daß diese hohen Zielstellungen zu schaffen sind, wenn sich die General- und Betriebsdirektoren, die Partei- und Gewerkschaftsleitungen an die Spitze des Kampfes um die Sicherung einer guten Vorbereitung und zügigen Durchführung aller Vorhaben stellen und alle Kräfte darauf konzentriert werden, eine termingemäße Inbetriebnahme zu gewährleisten.

● Anspruchsvolle Ziele und Aufgaben stellen wir uns in den Kollektiven der Forschung und Entwicklung, um mit Spitzenleistungen für unser Land und auf den Außenmärkten aufwarten zu können.

Es geht uns um kurze Entwicklungs- und Überleitungszeiten, letztlich um höhere ökonomische Ergebnisse. Von besonderem Gewicht ist dabei das schöpferische Potential der über 72 000 Neuerer und Rationalisatoren der Hauptstadt.

Ursachen für Kostenüberschreitungen aufzudecken und zu beseitigen.

Für uns ist Sparsamkeit ein Gebot der Vernunft. Wir beziehen sie auf die ökonomischen Ergebnisse aus den Plänen Wissenschaft und Technik ebenso, wie auf eine vorbildliche Bestandswirtschaft und die Senkung des Verwaltungsaufwandes.

So werden wir den Mehrbeständen energisch zu Leibe rücken, sparsam mit Material und Energie umgehen und alle Betriebe in die Bewegung zur Fondsrückgabe an den Staat einbeziehen.

Zum Forum lebendiger sozialistischer Demokratie im Betrieb gestaltet sich die Plandiskussion über die Ziele des Jahres 1990. Aus über 29 000 Arbeitskollektiven liegen bisher mehr als 61 000 konkrete Vorschläge und Hinweise vor, die auf die Erschließung von Leistungs- und Effektivitätsreserven vor allem im eigenen Verantwortungsbereich gerichtet sind und die bei den weiteren Überlegungen für den Plan 1990 Berücksichtigung finden. So behandeln wir die allseitige Erfüllung des Planes 1989 sowie aller zusätzlichen Verpflichtungen und die gründliche Vorbereitung des Planes 1990 als Einheit. Jetzt werden die Voraussetzungen für ein hohes Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr geschaffen.

## Weiter an der Spitze des Wettbewerbs

Deshalb werden wir auch weiterhin alle Reserven aufdecken, um die anspruchsvollen Ziele für das kommende Jahr zu sichern und einen guten Übergang in das Jahr des XII. Parteitages zu gewährleisten.

Lieber Genosse Erich Hon-ecker!

Wir wissen sehr gut, daß die Mittel für unsere Politik, die ein wahrhaft menschenwürdiges Leben für alle Mitglieder der Gesellschaft sichert, hart erarbeitet werden müssen.

Wir möchten Dir und dem Zentralkomitee der SED versichern, daß auf den Leistungswillen der Berliner Werktätigen auch in Zukunft Verlaß sein wird.

Wir Bestarbeiter werden uns auch weiterhin an die Spitze des von den Gewerkschaften geführten sozialistischen Wettbewerbes stellen, den wir mit Ergebnissen zum 40. Jahrestag der DDR abrechnen werden, wie die Republik sie von Berlin erwartet.

Wir wünschen Dir persönlich Gesundheit und Schaffenskraft und uns gemeinsam weiterhin Erfolg bei der Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED.

Die Teilnehmer der  
14. Berliner Bestarbeiter-  
konferenz

Berlin, 14. September 1989

## Betriebskollektive ziehen Zwischenbilanz im Wettbewerb

# Täglich das Beste für die Republik und den Frieden

**NARVA Berlin: Drei Tage Vorsprung / Kali-Chemie: Hohe Zuwachsrate bei der Nettoproduktion / Tiefbaukombinat mit einem Monat Vorlauf**

Berlin (ND). Das Beste an jedem Tag für unsere Republik und den Frieden zu geben – das war das Leitmotiv der Brigade Winkler aus der Elektrodendreherei des VEB Elektroblech Lichtenberg, als sie Ende August dazu aufrief, die Planaufgaben 1984 vorfristig zu erfüllen und gezielt zu überbieten. Tausende Gewerkschaftskollektive der Hauptstadt folgten diesem Beispiel und trugen mit der Überbietung ihrer Aufgaben dazu bei, daß in Berlin bisher ein Planplus von 275,9 Millionen Mark in der industriellen Warenproduktion erzielt wurde. ND fragte in drei Betrieben nach Ergebnissen und neuen Vorhaben im Wettbewerb:

**Frank Bittner, stellvertretender BPO-Sekretär im Berliner Glühlampenwerk:**

### Zusammenarbeit mit der Akademie

Im Stammbetrieb des NARVA-Kombinats haben wir in diesem Jahr bereits drei Tagesproduktionen Planplus erreicht. Vier sollen es bis Jahresende werden. Im Laufe dieses Jahres wurden beispielsweise schon 90 Millionen Allgebrauchslampen produziert.

Auf der Intensivierungskonferenz des Betriebes Ende Oktober haben wir auch beraten, wie wir die Aufgaben unseres Planes Wissenschaft und Technik vorfristig realisieren können. Schließlich sollen im kommenden Jahr 35 Prozent der Erzeugnisse erneuert werden. Zu ihnen gehören zwei weitere Typen der



energieökonomischen Doppelrohrlampen.

Die Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften der DDR werden wir vertiefen. Damit bereiten wir auch ein Schwerpunktvorhaben des Jahres 1985 vor: Das Berliner Glühlampenwerk will den Titel „Betrieb der ausgezeichneten Qualitätsarbeit“ erkämpfen. In gut organisierter Gemeinschaftsarbeit wollen wir im Betriebsteil Hochdrucklampe internationale Bestwerte in den technischen Parametern und in der Qualität erreichen.

**Klaus Großmann, Direktor für Produktion im Kombinat Lacke und Farben:**

### „Hochproduktive“ laufen 19 Stunden

Das Jahr 1984 werden wir im Stammbetrieb des Kombinats, VEB Kali-Chemie Berlin, zum bisher erfolgreichsten in der Geschichte des Betriebes machen. Unser bisheriges Plus von 4,5 Arbeitstagen in allen 13 Teilbetrieben spricht dafür, daß wir den Jahresplan einschließlich aller Wettbewerbsverpflichtungen vorfristig erfüllen. Damit schaffen wir eine solide

Ausgangsposition für 1985. Wir alle wissen: Gute Leistungen an jedem Arbeitsplatz sind das Wichtigste, um den erfolgreichen Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik fortzusetzen. Bis zum 31. Dezember wollen wir die Jahresziele der

Nettoproduktion um acht und die der Konsumgüterproduktion um über sieben Prozent überbieten. Wesentlich mehr anorganische Pigmente – das sind Grundstoffe für Farben – können ausgeliefert werden.

Dazu trägt auch bei, daß wir die hochproduktiven Anlagen jetzt 19 Stunden je Kalendertag nutzen. 1985 steuern wir weiteren beträchtlichen Zuwachs an: Die Nettoproduktion soll um mehr als 19 Prozent steigen.



**Peter Heinemeyer, Direktor im Tiefbaukombinat Berlin:**

### 1,1 Millionen Stunden gespart

Bis Ende November werden wir an unseren Hauptobjekten auf den Wohnungsbaustellen Berlin-Marzahn und Berlin-Hohenschönhausen die für dieses Jahr geplanten Erschließungsarbeiten im wesentlichen abschließen. Mit diesem Vorlauf von einem Monat haben wir dazu beigetragen, daß im November auf beiden Baustellen über 900 Wohnungen übergeben werden können. In Berlin-Hohenschönhausen entstehen bis 1990 35 000 Wohnungen, und auf der Großbaustelle Berlin-Marzahn werden es bis Ende 1985 ebenfalls 35 000 sein.

Bis Jahresende werden wir alles daransetzen, um den Planvorsprung von gegenwärtig 1,8 auf 2 Tagesproduktionen auszubauen. Neue rationellere Technologien brachten uns in diesem Jahr bisher eine Einsparung



## Ausstellung mit Kunstschätzen Dresdens in Delhi eröffnet

Grußbotschaften von Erich Honecker und Rajiv Gandhi

Delhi (ADN). Die Ausstellung „Kunstschätze aus Dresden“ ist am Donnerstag in Delhi als Höhepunkt der gegenwärtig stattfindenden DDR-Kulturtage in Indien eröffnet worden. Die dem Andenken Indira Gandhis gewidmete Exposition umfaßt 40 Gemälde aus der Galerie Alte Meister der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden und wird drei Monate lang im Nationalmuseum der indischen Hauptstadt gezeigt.

Der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staats-

hungen zwischen beiden Staaten Grußbotschaften gewidmet. In dem Schreiben Erich Honeckers heißt es, die Tage der Kultur, die in der Deutschen Demokratischen Republik und in Indien durchgeführt werden, verdeutlichen anschaulich die immer enger werdende Freundschaft zwischen beiden Staaten.

Rajiv Gandhi erklärte: „Wir schätzen die Geste der Deutschen Demokratischen Republik, aus Anlaß des 35. Jahrestages der DDR eine Sammlung von Kunst-

(6) ND, 23.11.1984

(7)

## **LOBEN**

Kommentar von Karl-Heinz Niemeyer (LVZ 5. Juni 1968)

### **Himmelstürmend**

Die Freude der Universitätsangehörigen über das Projekt der neuen Universität ist mitreißend groß, sie wächst, je mehr Einzelheiten des kühnen Baues bekannt werden. Die Freude ist deshalb groß, weil die 44 in der ganzen Stadt verstreuten gesellschaftswissenschaftlichen Institute nun „unter einen Hut“ kommen, weil die räumliche Nachbarschaft der Disziplinen neue Möglichkeiten ihrer Gemeinschaftsarbeit erschließen wird. Die Freude ist darüber groß, daß mit den Neubauten, mit ihren 24 Hörsälen und 152 Seminarräumen modernste technische Einrichtungen entstehen, die für hohe Effektivität von Erziehung, Lehre und Forschung nötig sind ... „Der zentrale Universitätskomplex, dessen himmelstürmende Kühnheit uns genauso begeistert wie seine funktionsgerechte Zweckmäßigkeit, ist sichere materielle Basis und zugleich glänzender künstlerischer Ausdruck unseres Ringens um die Meisterung der technischen Revolution“, schreibt uns Prof. Dr. Fabiunke. Blicken wir tief hinein in die aus vollem Herzen zustimmenden Erklärungen angesehenster Hochschullehrer und unzähliger Studenten, so begreifen wir, daß sich die ganze Freude in der hohen Wertschätzung unserer sozialistischen Gesellschaft für die Wissenschaft gründet, in dem gesellschaftlichen Vertrauen, daß die Wissenschaft ihre Aufgaben als eine Hauptproduktivkraft unserer Entwicklung erfüllen wird. Daß sich die Universitätsangehörigen dieses Vertrauens als würdig erweisen, zeigt sich in der frischen Aktivität, mit der sie die Hochschulreform verwirklichen, und in der zunehmenden Bereitschaft, beim Aufbau des Stadtzentrums tatkräftig zuzupacken.

(8)

## **LOBEN, scheinbares ARGUMENTIEREN**

Stellungnahme der Abgeordneten Margarethe Sorgenfrei (SED), Ständige Kommission Volksbildung (LVZ 24.5.1968)

### **Der Größe von Karl Marx gerecht**

Nicht mit restaurierter Altbausubstanz werden wir den Kapitalismus schlagen, sondern mit den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft und Technik. Dazu benötigen wir Universitäten und Hochschulen mit entsprechenden Voraussetzungen, um die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution zu meistern. Das von unseren Architekten erarbeitete großartige Projekt des Wiederaufbaus der Leipziger Universität, dem unsere vollste Zustimmung gehört, entspricht voll und ganz diesen Forderungen. Es wird der Größe des Mannes gerecht, dessen Namen unsere Leipziger Universität und der größte Platz unserer Stadt tragen – Karl Marx.

Wir sind der Meinung, daß unsere Schulen mit Unterstützung der Baubetriebe besser die Theorie mit der Praxis verbinden und so die Anforderungen, die jetzt an die Berufsentscheidung unserer Schüler durch die Gesellschaft gestellt werden, besser erfüllen und eine volle Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichen und individuellen Interessen herstellen.

Wir Stadtverordneten können stolz sein, daß wir es sind, die im Jahre des 150. Geburtstages von Karl Marx diesem großartigen Projekt unsere Zustimmung geben können. Seien wir als Leipziger stolz, daß unsere Stadt der Messen

und Kongresse dadurch ein unverwechselbares Profil erhält. Seien wir uns aber auch der großen Verantwortung bewußt, die wir als Abgeordnete und als Bürger unserer Stadt für die Verwirklichung dieses riesigen Projekts tragen.

(9)

## **LOBEN und DROHEN**

### **Bericht von der 15. Stadtverordnetenversammlung (LVZ 23.5.1968, Auszüge)**

[...] Als erster Redner ergreift Oberbürgermeister Walter *Kresse* – Berichterstatter des Rates – das Wort. Er entwirft ein imponierendes Bild der Entwicklung unserer Stadt in den nächsten Jahren, besonders der Neugestaltung des Zentrums, die mit den Beschlüssen der Stadtverordneten in ihre entscheidende Phase tritt. Walter Kresse verweist auf städtebaulich-architektonisch hervorragende Lösungen. In diesem Zusammenhang stellt er fest, daß die Abgeordneten in ihrer Entscheidung darüber souverän sind. Der Redner wendet sich energisch gegen Versuche einiger Kirchenvertreter, Sachentscheidungen zu politischen Entscheidungen ummünzen zu wollen und gegen staatliche Organe und ihre Beschlüsse vorzugehen. Nachdrücklich erklärt der Oberbürgermeister, daß solchen Machenschaften alle Mittel der Gesetzlichkeit entgegengestellt werden. [...] Die Diskussionsbeiträge sind durch begeisterte Zustimmung zu den großen und kühnen Bauprojekten charakterisiert, deren Modelle in den Tagungspausen immer wieder attraktive Anziehungspunkte sind [...] Zu einem Höhepunkt der Tagung gestaltete sich der Diskussionsbeitrag Paul Fröhlichs, der ausführlich die Kühnheit und Erhabenheit der Vorhaben würdigt, zu denen uns, wie er betont, Geschichte und Gegenwart der traditionsreichen, weltoffenen Messestadt verpflichten ...

(10)

### **Bericht über Aussprachen in Leipziger Industrie- und Baubetrieben zur 15. Stadtverordnetenversammlung (LVZ 30.5.1968, Auszüge)**

[...] Auch in einer Beratung der Werktätigen des VEB Straßen-, Gleis- und Tiefbau mit Architekten und Abgeordneten fanden die Beschlüsse eine begeisterte Zustimmung. „Wir freuen uns aber nicht nur darüber“, sagte Fritz Trimper, Meister eines Produktionskollektivs, „wir werden alles tun, damit unser Karl-Marx-Platz ein kompaktes Zentrum der Wissenschaft und Technik und der Lebensfreude wird. Wir Bauarbeiter, die wir von früh bis abends fleißig arbeiten, damit Leipzig schöner wird, sind aber empört, daß einige Bürger unserer Stadt anscheinend das Arbeiten verlernt haben und ihre Zeit damit verbringen, auf dem Karl-Marx-Platz herumzulungern. Ich bin der Meinung, betonte er ganz nachdrücklich, diesen Gammlern eine Schaufel in die Hand zu drücken. Wir würden sie schon in unsere Brigade aufnehmen, damit sie bei uns das Arbeiten lernen [...]

(11)

## **DROHEN**

### **Antrag von Hans Eisengräber (SED) (LVZ 24.5.1968)**

Es erfüllt mich als Angehöriger des Lehrkörpers der Karl-Marx-Universität mit Stolz und Freude, wenn im Zusammenhang mit der Beratung der Perspektivkonzeption unserer Stadt beschlossen wird, einen Universitäts-



komplex zu schaffen, der den Anforderungen an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, der sozialistischen Hochschulreform und eines reichen geistig-kulturellen Lebens Rechnung trägt. Angesichts eines solchen historischen Fortschritts möchte ich – ich bin der festen Überzeugung, in Übereinstimmung mit den Teilnehmern unseres Plenums – entschieden zurückweisen, daß seit einiger Zeit Kräfte am Werk sind, die diesen Fortschritt aufhalten zu können glauben. Wenn unter Berufung auf restaurative Erscheinungen in der ČSSR Vertreter christlicher Kreise versuchen, Stimmung gegen die höchste Volksvertretung unserer Stadt zu machen, stellen wir uns hinter den vom Oberbürgermeister vertretenen Standpunkt, gegen diese Kräfte mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen.

Die geistige Urheberschaft ist in der Theologischen Fakultät und im Theologenseminar zu suchen. Ich stelle den Antrag, aus Abgeordneten gemeinsam mit dem Akademischen Senat der Karl-Marx-Universität eine Kommission zu bilden, die die Vorgänge an jener Fakultät und im Theologenseminar untersucht. Die Bildungs- und Erziehungsarbeit muß auch dort den Grundsätzen der sozialistischen Verfassung entsprechen.

(Die Stadtverordneten stimmten anschließend diesem Antrag einstimmig zu.)

(12)

## **LOBEN**

### **Leserbriefe**

#### **Dank an unsere Stadtverordneten**

**Wir Lehrer der Erweiterten Helmholtz-Oberschule** sind begeistert von den Plänen zur Gestaltung des Zentrums unserer Heimatstadt. Das gilt besonders für den Universitätsneubau am Karl-Marx-Platz. Wir danken den Stadtverordneten, die diesem imposanten Projekt ihre Zustimmung gaben.

Unsere Heimatstadt wird das Gesicht einer sozialistischen Großstadt erhalten. Die kühne und moderne Umgestaltung des Stadtzentrums wird Leipzig schöner als je zuvor machen. Mit ganzer Kraft werden wir die großen Vorhaben unserer Heimatstadt unterstützen – aus vollem Herzen für unser neues Leipzig, schreibt das Kollegium 40. Oberschule. (LVZ 23.5.1968)

**Wir Schüler der Klasse 6a der Thomasoberschule** haben sehr interessiert die Sonderbeilage der LVZ vom 24. Mai gelesen. Mit Bewunderung schauten wir uns die Bilder der geplanten Hochhäuser und das Modellfoto vom ersten Bauabschnitt der Straße des 18. Oktober an. Wunderschön wird unsere Heimatstadt. Besonders die Form der Hochhausdominante am Karl-Marx-Platz hat uns alle begeistert. [...] (LVZ 31.5.1968)

Rene Tittel:

#### **Das ist Klasse**

Liebe LVZ, ich bin zwar erst neun Jahre alt, aber ich freue mich auch, daß unsere Stadt so schön und modern wird. Das ist wirklich Klasse. (LVZ 31.5.1968)

Prof. em. Hugo Müller

**Eine neue Umwelt**

Hier hat der sozialistische Mensch die Umwelt geschaffen, in der er zu leben gedenkt. Hier wird ein Teil der Riesenschuld des Kapitalismus gestrichen und den Leipziger Bürgern das Bewußtsein von dem sozialistischen Wohlbefinden wiedergegeben, das der Kapitalismus ihnen geraubt und vorenthalten hat. (LVZ 31.5.1968)

Bürger des WBA 1

**Wir machen mit**

Wir sind stolz auf die Perspektive unserer Messemetropole. Wir haben schon beim Bau des konsument-Warenhauses unseren Beitrag geliefert und werden auch in Zukunft mit unserer ganzen Kraft und schöpferischen Initiative die Losung „Mach mit für dein Leipzig, das dir am Herzen liegt“ beim Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages unserer Republik verwirklichen helfen.